

FOLGENABSCHÄTZUNG DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGS FÜR DEUTSCHLAND

Deutschland 2022–2026

Nutzen – Aufwand – Risiken – Alternativen

Eine systematische Ex-post- und Ex-ante-Evaluation der deutschen Unterstützungspolitik nach dem Prinzip der absoluten Nutzen-Risiko-Abwägung

Stand: September 2026 · Abschließende Fassung

Herausgeberin: Stichting Rudulin

Projektleiter: Markus Bönig

Abrufbar unter: [www.freiheitskanzlei/Kriegsfolgenabschaetzung](https://www.freiheitskanzlei.de/Kriegsfolgenabschaetzung)

Zusammenfassung

Die vorliegende Folgenabschätzung bewertet den Russland-Ukraine-Krieg aus deutscher Perspektive wie eine große staatliche Intervention: Welche zusätzlichen Ressourcen hat Deutschland seit 2022 eingesetzt, welchen konkreten Endnutzen erhält Deutschland dafür, und wie wahrscheinlich ist überhaupt das Schadensereignis, gegen das diese Ausgaben schützen sollen? Der Untersuchungsgegenstand umfasst deshalb nicht nur Hilfen an Kyiv, sondern den gesamten Reaktionskomplex aus Ukraine-Unterstützung, Flüchtlingsaufnahme, Sanktionen und Energieentkopplung sowie Zeitenwende, Sondervermögen Bundeswehr, dauerhaft höheren Verteidigungsausgaben, Personalaufwuchs, Brigade Litauen, Munition, Zivilschutz, KRITIS-, Cyber- und Nachrichtendienstschutz. Die zentrale Bilanz lässt sich bereits am Anfang in drei Kostenblöcken sichtbar machen.

Die Kernbilanz in drei Kostenblöcken

Kostenblock	Größenordnung	Möglicher Endnutzen	Was müsste für Break-even gelten?
1. Bereits zusätzlicher Bundeswehr-Ressourcenaufwand 2024–2026	≈ 113,9 Mrd. € über einem 2%-Vorkriegspfad	Bessere Einsatzbereitschaft, geschlossene Fähigkeitslücken, Abschreckung.	Bei 3 Bio. € möglichem Kriegsschaden müsste dieser Block das Risiko um ≈ 3,8 Prozentpunkte senken.
2. Direkte bilaterale Ukraine-Unterstützung	> 100,9 Mrd. €: >43,3 Mrd. € zivil + ≈57,6 Mrd. € militärisch bereitgestellt/gebunden	Fortbestand der Ukraine, humanitäre Wirkung, Bindung russischer Kräfte, möglicher Sicherheitsgewinn für Europa.	Allein als deutsche Sicherheitsversicherung wären bei 3 Bio. € Schadensannahme >3,4 Prozentpunkte Risikoreduktion nötig; direkte finanzielle Rückzahlung gibt es nicht.
3. Noch geplanter zusätzlicher Bundeswehr-Aufwuchs 2027–2030	≈ 422,4 Mrd. € über dem 2%-Vorkriegspfad	Dauerhafte Abschreckung, NATO-Fähigkeiten, europäische Eigenständigkeit, Resilienz.	Bei 3 Bio. € möglichem Kriegsschaden wären ≈14,1 Prozentpunkte Risikoreduktion nötig.
GESAMTRAHMEN (Brutto, nicht als Nettokosten addierbar)	> 637 Mrd. € aus direkter Unterstützung plus zusätzlichem Bundeswehr-Aufwuchs 2024–2030	Kein gemeinsamer Geldrückfluss; der Hauptnutzen muss als vermiedener Sicherheits- und Kriegsschaden entstehen.	Bei 3 Bio. € Schadensannahme entspräche der Größenrahmen >21 Prozentpunkten erforderlicher Risikoreduktion.

Die drei Blöcke dürfen wegen unterschiedlicher Abgrenzungen, Vermögensbildung und möglicher Überschneidungen nicht als exakte Nettokosten zu einer einzigen Zahl verschmolzen werden. Als politische und reale Ressourcenrahmen zeigen sie jedoch die Größenordnung: Neben mehr als 100 Mrd. Euro direkter Unterstützung stehen bis 2030 mehr als 500 Mrd. Euro zusätzlicher Bundeswehr-Ressourcen gegenüber einem moderaten Vorkriegspfad. Der mögliche Nutzen ist demgegenüber fast vollständig ein Versicherungsnutzen. Die vorliegende Risikokalibrierung setzt für einen direkten russischen Angriff auf Deutschland in zehn Jahren 0,5–2 % (Zentralwert 1 %) und für einen begrenzten NATO-Test 2–5 % (Zentralwert 3 %) an. Bei einem selbst sehr hoch angesetzten deutschen Kriegsschaden von 3 Bio. Euro entsprechen diese Risiken Erwartungsschäden von nur rund 30 bzw. 90 Mrd. Euro. Damit liegt die Beweislast klar auf der Nutzenseite: Die Ausgaben können nur dann in dieser Größenordnung rational sein, wenn sie zusätzlich sehr große andere Sicherheitsnutzen erzeugen oder die tatsächlichen Ausgangsrisiken wesentlich höher sind als öffentlich belegbar.

Der am besten greifbare fiskalische Ausgangspunkt ist die amtliche Bundesbilanz. Zum 30. Juni 2026 beziffert die Bundesregierung die bilaterale zivile Unterstützung seit Beginn des russischen Großangriffs auf mehr als 43,3 Milliarden Euro und die militärische Unterstützung auf rund 57,6 Milliarden Euro, wobei die militärische Zahl ausdrücklich auch für kommende Jahre bereitgestellte beziehungsweise gebundene Mittel enthält. Der amtliche deutsche Unterstützungsrahmen liegt damit bereits bei mehr als 100 Milliarden Euro. Diese Zahl darf jedoch nicht als „100 Milliarden an Kiew überwiesen“ missverstanden werden: Ein erheblicher Teil der zivilen Hilfe sind Ausgaben in Deutschland, insbesondere für ukrainische Schutzsuchende; die militärische Zahl enthält Material, Ausbildung und künftige Verpflichtungen. Umgekehrt fehlen in der Bundesübersicht zusätzliche Kosten der Länder und Kommunen sowie ein großer Teil der gesamtwirtschaftlichen Kriegsfolgen. [S01][S02]

Die direkten deutschen finanziellen Rückflüsse sind demgegenüber gering. Deutschland erhält keine Gebiete, keine Rohstoffrechte und keine automatische Rückzahlung seiner bilateralen Zuschüsse. Die in der EU immobilisierten russischen Zentralbankvermögen bleiben im Grundsatz eingefroren; verwendet werden bisher vor allem außerordentliche Erträge beziehungsweise „windfall profits“, die überwiegend der Finanzierung der Ukraine und der Bedienung von G7/EU-Krediten dienen. Ein etablierter Mechanismus, über den Deutschlands bisherige bilaterale Hilfen später aus russischen Vermögenswerten vollständig erstattet würden, existiert nicht. Auch Wiederaufbauaufträge können deutschen Unternehmen wirtschaftliche Chancen eröffnen, sind aber private Geschäftschancen und keine garantierte Rückzahlung an den deutschen Steuerzahler. [S14][S15][S16]

Der wichtigste mögliche deutsche Nutzen ist daher kein unmittelbarer Geldrückfluss, sondern ein vermiedener schlechterer Sicherheitszustand. Deutschland kann argumentieren, dass eine souveräne, verteidigungsfähige Ukraine Russland bindet, die Wahrscheinlichkeit weiterer russischer Expansion senkt, die NATO-Ostflanke entlastet und die regelbasierte europäische Ordnung schützt. Dieser Nutzen ist realistisch denkbar, aber nicht direkt messbar. Methodisch lässt er sich als erwarteter vermiedener Schaden formulieren: Wie stark reduziert die deutsche Unterstützung die Wahrscheinlichkeit eines für Deutschland wesentlich teureren Ausgangs, und wie groß wäre der Schaden eines solchen Ausgangs? Erst das Produkt aus Risikoreduktion und vermiedenem Schaden ist der deutsche Sicherheitsnutzen.

Zentrale Break-even-Formel: Sicherheitsnutzen = durch deutsche Unterstützung verursachte Verringerung der Wahrscheinlichkeit eines für Deutschland nachteiligen Ausgangs × deutscher Schaden dieses Ausgangs. Eine Politik mit 100 Mrd. € realen Zusatzkosten braucht bei einem möglichen deutschen Folgeschaden von 500 Mrd. € mindestens 20 Prozentpunkte Risikoreduktion; bei 1 Billion € Schaden 10 Prozentpunkte; bei 2 Billionen € Schaden 5 Prozentpunkte.

Militärisch ist das Ergebnis gemischt. Der zentrale positive Endpunkt ist, dass die Ukraine als souveräner Staat fortbesteht und Russland sein ursprüngliches Maximalziel – die schnelle Unterwerfung des ukrainischen Staates – nicht erreicht hat. Der negative Gegenbefund ist, dass Russland im September 2026 weiterhin ungefähr ein Fünftel des ukrainischen Territoriums kontrolliert; gegenüber dem Stand vor dem 24. Februar 2022 hält Russland netto grob weitere zwölf Prozent des ukrainischen Staatsgebiets. Eine Wiederherstellung der Grenzen von 1991 ist bisher nicht erreicht. Dass gerade der deutsche Beitrag den Fortbestand der Ukraine kausal in einem bestimmten Umfang bewirkt hat, ist nicht direkt beobachtbar, weil Deutschland Teil einer großen Unterstützerkoalition ist und ein Gegenfaktum ohne deutsche Hilfe nur modelliert werden kann. [S17][S18]

Ökonomisch ist die Kostenbilanz breiter als die Hilfszahlungen. Der russische Krieg und die nachfolgenden Energie-, Handels- und Unsicherheitsschocks haben Deutschland stark getroffen. Das IW schätzt in einer makroökonomischen Gegenfaktualrechnung für 2022 bis 2024 zusammen rund 445 Milliarden Euro entgangene Wirtschaftsleistung gegenüber einem Verlauf ohne die durch den Krieg ausgelösten Belastungen.

Eine frühere IW-Analyse bezifferte allein den Terms-of-Trade-Verlust 2022 durch die Verteuerung vor allem importierter Energie auf rund 75 Milliarden Euro. Diese Werte sind keine Haushaltsausgaben und dürfen nicht einfach zu den 100 Milliarden Euro Hilfen addiert werden. Sie zeigen aber, dass der deutsche Wohlstandseffekt des Krieges in einer anderen Größenordnung liegt als die reine Ukraine-Hilfe. Zugleich ist nicht der gesamte makroökonomische Verlust eine Folge deutscher Sanktionen: Russland hatte Gaslieferungen bereits 2021 verknappert, der Krieg selbst erhöhte Risiko- und Energiepreise, und die EU reagierte zusätzlich mit Sanktionen und Diversifizierung. [S20][S21][S22]

Ein klarer strategischer Nebennutzen ist die drastisch gesunkene Energieabhängigkeit von Russland. Auf EU-Ebene fiel der russische Anteil an den Gasimporten von rund 45 Prozent im Jahr 2021 auf etwa 12 Prozent im Jahr 2025. Deutschlands Warenhandel mit Russland brach ebenfalls massiv ein; die deutschen Importe lagen 2024 rund 95 Prozent unter dem Niveau von 2021. Diese Diversifizierung erhöht die Resilienz gegenüber russischer Energieerpressung, hat aber kurzfristig hohe Kosten verursacht und teilweise neue Abhängigkeiten von LNG-, Rohstoff- und Technologielieferanten geschaffen. [S23][S24]

Auch die Flüchtlingsaufnahme besitzt zwei Seiten. Deutschland hat mehr als eine Million Schutzsuchende aus der Ukraine aufgenommen. Der Bund bezifferte die spezifischen Bundesausgaben für ukrainische Flüchtlinge auf etwa 5,5 Milliarden Euro 2022 und 8,8 Milliarden Euro 2023; für 2024 wurden allein rund 6,3 Milliarden Euro Bürgergeld an ukrainische Staatsangehörige gezahlt. Neuere Regierungsangaben verweisen zugleich darauf, dass bis Ende 2025 ungefähr die Hälfte der ukrainischen Schutzsuchenden im erwerbsfähigen Alter beschäftigt war. Flüchtlingsausgaben sind damit weder reine „Ukraine-Zahlung“ noch zwingend dauerhafter Verlust: Sie finanzieren Unterkunft, Lebensunterhalt und Integration in Deutschland; ein Teil kehrt über Beschäftigung, Steuern und Konsum zurück. [S03][S04][S05]

Die Gesamtbewertung ist damit bereits in der Zusammenfassung eindeutig: Auf der Kostenseite stehen drei große Blöcke - mehr als 100,9 Mrd. Euro direkte bilaterale Unterstützung, rund 113,9 Mrd. Euro zusätzlicher Bundeswehr-Ressourcenaufwand allein 2024–2026 gegenüber dem 2%-Vorkriegspfad und weitere rund 422,4 Mrd. Euro geplanter zusätzlicher Aufwuchs 2027–2030. Dem steht kein finanzieller oder territorialer Rückfluss gegenüber. Der entscheidende Rechtfertigungsgrund ist Sicherheit. Genau hier zeigt die Erwartungsrechnung eine erhebliche Lücke: Das Zehnjahresrisiko eines bewusst begonnenen konventionellen russischen Angriffs auf Deutschland wird in dieser Evaluation auf 0,5–2 % (Zentralwert 1 %) geschätzt; ein begrenzter Test der NATO-Ostflanke auf 2–5 % (Zentralwert 3 %). Diese Werte sind keine Geheimdienstprognosen, sondern transparente Arbeitsannahmen aus der im Bericht geprüften öffentlichen Evidenz. Hybride Angriffe sind demgegenüber bereits Realität. [S33][S40][S41][S42][S47][S54][S55]

Kennzahl	Stand / Größenordnung	Einordnung
Bund: zivile bilaterale Unterstützung	> 43,3 Mrd. € bis 30.06.2026	enthält u. a. Flüchtlings- und Integrationsausgaben in Deutschland
Bund: militärische Unterstützung	≈ 57,6 Mrd. € bereitgestellt/gebunden	enthält auch künftige Verpflichtungen
Bundesweiter Unterstützungsrahmen	> 100,9 Mrd. €	nicht identisch mit ausgezahltem Geld an Ukraine
Bundesausgaben ukrainische Flüchtlinge	2022: 5,5 Mrd. €; 2023: 8,8 Mrd. €	Teilweise bereits in ziviler Bundesunterstützung enthalten
Bürgergeld ukrainische Staatsangehörige 2024	≈ 6,3 Mrd. €	keine zusätzliche Addition ohne Abgrenzung
IW: entgangene Wirtschaftsleistung 2022–2024	≈ 445 Mrd. €	Gegenfaktualmodell; Kriegsschock, nicht reine Politikrechnung

Quellen: [S01], [S02], [S03], [S04], [S17], [S20], [S21], [S25]

Terms-of-Trade-Verlust 2022	≈ 75 Mrd. €	Energiepreisschock; nicht zusätzlich zu 445 Mrd. € addieren
Russisch kontrolliertes ukrainisches Gebiet 2026	≈ 19–20 %	kein Wiederherstellungsziel erreicht
Deutscher Gebietsrückfluss	0 km ²	Deutschland hat keine territorialen Ansprüche
Gesicherte Erstattung deutscher Zuschüsse	kein allgemeiner Mechanismus	russische Vermögen/Erträge finanzieren primär Ukraine/Kredite
Wiederaufbaubedarf Ukraine	≈ 588 Mrd. US\$ über 10 Jahre	potenzieller Markt, keine garantierte deutsche Rendite

Damit ist ein entscheidender Break-even möglich. Selbst wenn ein großer NATO-Russland-Krieg Deutschland einen Gesamtschaden von 3 Billionen Euro zufügen würde, hätte ein direktes Angriffsrisiko von 1 % nur einen Erwartungswert von rund 30 Mrd. Euro. Selbst die vollständige Beseitigung dieses Risikos könnte daher keinen zusätzlichen Ressourceneinsatz von rund einer halben Billion Euro tragen. Beim zentralen 3-%-Arbeitswert für einen begrenzten russischen Test der NATO-Ostflanke läge der maximale Erwartungsschaden bei 3 Billionen Euro deutscher Exposition bei 90 Mrd. Euro. Auch das liegt deutlich unter dem Aufrüstungsblock. Um 536 Mrd. Euro allein mit der Vermeidung eines 3-Billionen-Euro-Schadens zu rechtfertigen, müsste die Politik die Eintrittswahrscheinlichkeit um 17,9 Prozentpunkte senken. Eine solche Risikoreduktion kann nicht eintreten, wenn das relevante Ausgangsrisiko selbst nur im niedrigen einstelligen Prozentbereich liegt. Daraus folgt ein konkretes Urteil: Die heutige Größenordnung der allgemeinen Aufrüstung ist durch das öffentlich belegbare Risiko eines direkten russischen Angriffs auf Deutschland oder eines begrenzten NATO-Tests allein nicht wirtschaftlich gerechtfertigt. Sie benötigt zusätzliche Nutzenargumente von sehr großer Größenordnung - etwa eine dauerhafte europäische strategische Autonomie bei deutlich geringerer US-Unterstützung - und diese müssen gesondert belegt werden.

Das bedeutet nicht, dass Verteidigung sinnlos ist. Im Gegenteil: Gerade bei niedriger, aber potentiell katastrophaler Gefährdung sind zielgenaue Versicherungsmaßnahmen rational. Besonders plausibel sind Luft- und Raketenabwehr, ausreichende Munitions- und Ersatzteilbestände, Schutz der NATO-Ostflanke, Cyberabwehr, Nachrichtendienste, KRITIS- und Zivilschutz sowie belastbare Bündnislogistik. Fragwürdig wird die Politik dort, wo aus einem begrenzten Versicherungsbedarf ein offenes Mengen- und Prestigeziel wird. Die Bundesregierung hat das Ziel formuliert, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen; auf Nachfrage erklärte sie zugleich, der Referenzpunkt sei nicht die russische Armee, sondern der Vergleich mit europäischen Partnern, und einen konkreten Referenzpunkt gebe es nicht. [S60][S64] Genau deshalb muss die sicherheitspolitische Dosis wie jede andere Intervention am Endpunkt und nicht an einer Rangliste gemessen werden.

Auch die Vorgeschichte verändert die Risikobewertung. 1990 wurden der sowjetischen Führung im Zuge der deutschen Einheit mehrfach politische Sicherheitszusicherungen gegeben, darunter Bakers bekannte Formel einer NATO-Ausdehnung "not one inch eastward"; ein rechtsverbindlicher gesamteuropäischer Verzicht auf spätere NATO-Erweiterungen wurde daraus jedoch nicht. [S48] 2008 erklärte die NATO in Bukarest ausdrücklich, Ukraine und Georgien würden Mitglieder werden. [S49] Die Machtablösung in Kyiv 2014 war keine gewöhnliche verfassungsrechtliche Regierungsübergabe: Nach monatelangen Protesten, tödlicher Gewalt und der Flucht des gewählten Präsidenten Yanukovych handelte das Parlament in einer Lage, für die die Verfassung keinen klaren Mechanismus vorsah; kurz darauf folgte allerdings eine von der OSZE als genuine und weitgehend regelkonform bewertete Präsidentschaftswahl. [S50][S51][S52] Diese Vorgeschichte erklärt russische Bedrohungswahrnehmungen und das Sicherheitsdilemma besser als eine Erzählung grundloser Aggression, rechtfertigt aber weder die Annexion der Krim noch den Großangriff von 2022.

TEIL I – Untersuchungsauftrag, Methodik und Beweismaß

1. Gegenstand der Evaluation

Gegenstand dieser Untersuchung ist nicht die moralische Bewertung des russischen Angriffskrieges. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die völkerrechtliche Verantwortung Russlands sind von der hier untersuchten Frage zu trennen. Bewertet wird die deutsche Reaktion: militärische und zivile Unterstützung, Aufnahme von Schutzsuchenden, Sanktionen, Energie- und Handelspolitik, zusätzliche Verteidigungsanstrengungen sowie die strategische Einbindung in EU und NATO. Der Prüfmaßstab ist ausschließlich die zusätzliche Wirkung für Deutschland und die von Deutschland erklärtermaßen mitverfolgten Ziele.

Die Untersuchung fragt damit genauso wie eine Nutzen-Risiko-Evaluation in der Medizin: Was wäre ohne die Intervention geschehen? Welchen Endpunkt verändert die Intervention zusätzlich? Wie groß ist die absolute Risikoreduktion? Welche unerwünschten Wirkungen treten auf? Welche Alternativen hätten denselben Endpunkt mit weniger Belastung erreichen können? Der Vergleich darf nicht bei Prozessgrößen stehen bleiben. Eine gelieferte Flugabwehrrakete ist kein Nutzen, sondern ein Mittel; ein verhindertes militärisches Durchbruch, ein vermiedener Angriff auf NATO-Territorium oder ein stabilerer europäischer Sicherheitszustand wäre ein Endpunkt.

2. Die Wirkungskette

Stufe	Frage	Beweisstatus
1 Intervention	Was hat Deutschland tatsächlich getan?	Haushalte, Lieferlisten, Rechtsakte, Sanktionen
2 Mechanismus	Was verändert die Maßnahme unmittelbar?	militärische Kapazität, Preise, Handel, Migration, Energieversorgung
3 Zwischenendpunkt	Was geschieht im Krieg bzw. in der deutschen Volkswirtschaft?	beobachtbar, aber kausal nicht immer eindeutig
4 Endnutzen	Welcher Schaden für Deutschland wird vermieden oder welcher Vorteil erzeugt?	meist Gegenfaktum / Erwartungswert
5 Nebenwirkungen	Welche zusätzlichen Schäden entstehen?	teils gemessen, teils attribuiert
6 Netto-Nutzen	Überwiegt der zusätzliche Endnutzen die realen Zusatzkosten?	nur nach Zusammenführung

Die zentrale methodische Gefahr besteht in der Verwechslung von Aufwand und Nutzen. Eine Milliarde Euro Militärhilfe beweist keine Milliarde Euro Sicherheitsnutzen. Umgekehrt beweist ein hoher Aufwand nicht, dass die Hilfe unwirksam war. Entscheidend ist der marginale Beitrag der deutschen Ressource zu einem relevanten Endpunkt.

3. Primäre Endpunkte

Endpunkt	Bedeutung für Deutschland
Sicherheitsrisiko	Wahrscheinlichkeit und erwarteter Schaden eines für Deutschland gefährlicheren russischen Machtzuwachses oder einer NATO-Konfrontation
Territorialer Kriegsverlauf	Fortbestand ukrainischer Staatlichkeit; russisch kontrolliertes Gebiet; Verhandlungslage
Bündnisstabilität	Glaubwürdigkeit von NATO/EU, Lastenteilung, transatlantische Kohäsion
Wirtschaftliche Wohlfahrt	BIP, Terms of Trade, Energiepreise, Handel, Investitionen, Industrie
Energie- und Lieferresilienz	Abhängigkeit von Russland versus alternative Abhängigkeiten
Humanitäre Wirkung	Schutz, Überleben, Versorgung und Aufnahme Schutzsuchender
Fiskalische Rückflüsse	Tilgung von Krediten, russische Vermögenserträge, Steuern, Wiederaufbaugeschäft
Eskalationsrisiko	Wahrscheinlichkeit schwererer Kriegsausweitung und direkter deutscher Betroffenheit

4. Gegenfaktuale

Kein Nutzen kann ohne Gegenfaktum bestimmt werden. Für Deutschland sind mindestens vier Gegenverläufe zu unterscheiden. Im Gegenfaktum A hätte Deutschland bilateral kaum militärisch unterstützt, während andere westliche Staaten unverändert weitergemacht hätten. Dies misst den marginalen deutschen Beitrag. Im Gegenfaktum B hätte Europa insgesamt seine Unterstützung stark reduziert; dieses Szenario misst die kollektive europäische Bedeutung, darf aber nicht Deutschland allein zugerechnet werden. Im Gegenfaktum C hätte es frühzeitig eine Verhandlungslösung mit territorialen und sicherheitspolitischen Zugeständnissen gegeben; dessen Kosten und Nutzen hängen vollständig von den unbekannten Vertragsbedingungen ab. Im Gegenfaktum D hätte Deutschland stärker oder früher unterstützt, um eine günstigere militärische Lage zu erreichen. Nur der Vergleich solcher Alternativen kann zeigen, ob die gewählte Politik effizient war.

5. Evidenzhierarchie

Als höchste Evidenz gelten in dieser Untersuchung Haushalts- und Zahlungsdaten, amtliche Emissionsbeziehungsweise Handelsdaten, tatsächlich gelieferte militärische Güter, Flüchtlingszahlen und beobachtete territoriale Kontrolle. Eine Stufe darunter liegen kausale Zuordnungen – etwa welcher Teil des Energiepreisschocks durch Krieg, russische Lieferkürzungen, Sanktionen oder andere Faktoren verursacht wurde. Noch unsicherer sind Gegenfaktuale wie „ohne deutsche Waffen wäre Kyiv gefallen“ oder „ohne Sanktionen wäre Russland militärisch stärker“. Solche Aussagen können plausibel sein, sind aber nicht direkt messbar. Sie werden daher als Szenarien und nicht als Tatsachen verbucht.

TEIL II – Was Deutschland tatsächlich aufgewendet hat

6. Der amtliche Bundesrahmen: mehr als 100 Milliarden Euro

Die Bundesregierung weist zum 30. Juni 2026 mehr als 43,3 Milliarden Euro bilaterale zivile Unterstützung und rund 57,6 Milliarden Euro militärische Unterstützung aus. Zusammen ergibt das mehr als 100,9 Milliarden Euro. Diese Zahl eignet sich als politischer Gesamtindikator, nicht als einheitliche Kostengröße. Bei der militärischen Unterstützung sind auch Mittel enthalten, die für kommende Jahre bereitgestellt oder gebunden sind; bei der zivilen Unterstützung werden unter anderem deutsche Ausgaben zur Unterbringung und Integration ukrainischer Schutzsuchender erfasst. Die Bundesregierung weist außerdem darauf hin, dass bestimmte Beiträge über EU und internationale Organisationen sowie Ausgaben von Ländern und Kommunen nicht vollständig in dieser Übersicht enthalten sind. [S01][S02]

Für eine Nutzen-Aufwand-Rechnung müssen deshalb drei Kategorien unterschieden werden: bereits abgeflossene Haushaltsmittel, rechtlich oder politisch gebundene künftige Mittel und bewertete Sachleistungen. Ein abgegebenes Bundeswehrsystem verursacht beispielsweise einen realen Ressourcenverlust beziehungsweise Ersatzbedarf, auch wenn kein identischer Geldbetrag an die Ukraine überwiesen wird. Ein künftiger Haushaltsansatz ist dagegen noch keine bereits angefallene Ressourcenkostenposition.

Quellen: [S01], [S02]

7. Militärische Unterstützung

Die militärische Unterstützung umfasst Material aus Bundeswehrbeständen, Beschaffungen für die Ukraine, Ausbildung, Instandsetzung und weitere militärische Leistungen. Für 2026 sind im Bundeshaushalt rund 11,5 Milliarden Euro für die „Ertüchtigung angegriffener Staaten“ vorgesehen, nahezu vollständig mit Bezug zur Ukraine. In den Vorjahren lagen die entsprechenden Größenordnungen niedriger. Diese Mittel haben einen klaren militärischen Zweck: ukrainische Verteidigungsfähigkeit erhalten, russische Angriffsfähigkeit abnutzen und die Verhandlungsposition Kiews verbessern. [S06]

Ökonomisch darf der Nennwert militärischer Hilfe nicht vollständig als Wohlstandsverlust gebucht werden. Ein Teil des Geldes fließt an deutsche oder europäische Produzenten und schafft neue Produktionskapazitäten. Gleichzeitig ist das kein kostenloser Kreislauf: Arbeitskräfte, Material, Energie und Kapital werden gebunden und stehen für andere Zwecke nicht zur Verfügung. Aus Bundeswehrbeständen abgegebenes Material muss teilweise ersetzt werden. Der echte gesellschaftliche Aufwand ist daher die zusätzliche Ressourcenbeanspruchung und der Opportunitätswert, nicht bloß der Haushaltsansatz.

Quellen: [S06]

8. Zivile Unterstützung und ihre Zusammensetzung

Die zivile Bundesunterstützung wird in der öffentlichen Wahrnehmung leicht mit „Geld für die Ukraine“ gleichgesetzt. Die detaillierten Regierungsaufstellungen zeigen jedoch, dass ein großer Teil im Inland entsteht. Ende 2025 entfielen beispielsweise rund 23,9 Milliarden Euro auf Leistungen des Bundesarbeitsministeriums, insbesondere Grundsicherung und Integration ukrainischer Schutzsuchender; rund 7,9 Milliarden Euro entfielen auf das Finanzministerium, vor allem Unterstützung von Ländern und Kommunen bei Aufnahme und Versorgung; weitere Milliarden entfielen auf Auswärtiges Amt, Innenministerium, Entwicklungszusammenarbeit und andere Ressorts. [S02]

Diese Unterscheidung ist für die politische Bewertung zentral. Eine Zahlung an einen ukrainischen Rentner oder eine Kommune in der Ukraine ist eine grenzüberschreitende Hilfe. Bürgergeld für eine Familie in Berlin ist dagegen zunächst eine deutsche Sozialausgabe für hier lebende Menschen. Beides kann humanitär

begründet sein, aber die wirtschaftlichen Wirkungen sind unterschiedlich. Ein Teil der inländischen Ausgaben fließt über Mieten, Konsum und Beschäftigung wieder in die deutsche Wirtschaft zurück; die Nettokosten liegen daher unter dem Bruttotransfer, aber über null.

Quellen: [S02]

9. Flüchtlingsaufnahme: belastbare Größenordnungen

Ende 2025 lebten in Deutschland rund 1,16 Millionen ukrainische Schutzsuchende; die ukrainische Gesamtbevölkerung in Deutschland lag noch höher. Der Bund bezifferte seine spezifischen Ausgaben für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge auf rund 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2022 und 8,8 Milliarden Euro 2023. Für 2024 wurden rund 6,3 Milliarden Euro Bürgergeld an ukrainische Staatsangehörige gezahlt. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium verweist in seiner 2026 veröffentlichten Analyse auf Größenordnungen von bis zu rund 9 Milliarden Euro pro Jahr für ukrainische Flüchtlinge, darunter etwa 6 Milliarden Euro Grundsicherung. [S03][S04][S05]

Eine saubere Bilanz benötigt hier einen Lebenszyklusansatz. Kurzfristig sind Unterkunft, Transfers, Schulen, Gesundheit und Verwaltung Kosten. Mittelfristig können Beschäftigung, Steuern, Beiträge, Unternehmensgründungen und Konsum einen Teil ausgleichen. Die Bundesregierung berichtet, dass bis Ende 2025 ungefähr die Hälfte der ukrainischen Schutzsuchenden im erwerbsfähigen Alter beschäftigt war. Ein dauerhaft integrierter Arbeitnehmer ist daher anders zu bewerten als eine dauerhaft transferabhängige Person. Eine aggregierte Bruttokostenzahl allein beantwortet die Wohlfahrtsfrage nicht.

Quellen: [S03], [S04], [S05]

10. Länder und Kommunen: die nicht vollständig konsolidierte Ebene

Die Bundesregierung weist selbst darauf hin, dass zusätzliche Aufwendungen der Länder und Kommunen in der zentralen Bundesübersicht nicht vollständig enthalten sind. Dazu gehören insbesondere Schulen, Kitas, Unterbringung, kommunale Verwaltung, Gesundheitsleistungen und örtliche Infrastruktur. Eine belastbare bundesweite, überschneidungsfreie Gesamtsumme nur für ukrainische Schutzsuchende ist öffentlich nicht in einer Weise verfügbar, die sich ohne Doppelzählungsrisiko unmittelbar zu den Bundeswerten addieren ließe. Für diese Evaluation wird daher kein erfundener Gesamtbetrag gebildet; der Punkt bleibt als reale Zusatzbelastung oberhalb der Bundesübersicht bestehen. [S02]

11. EU-Beiträge: real, aber hochgradig überlappend

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben seit 2022 zusammen mehr als 220 Milliarden Euro Unterstützung für die Ukraine und ukrainische Flüchtlinge mobilisiert. Deutschland trägt als großer Nettozahler einen Anteil an EU-Budgetinstrumenten und Garantien. Diese EU-Zahl darf jedoch niemals zur deutschen bilateralen Bundeszahl addiert werden. Die EU-Angabe enthält Beiträge der Mitgliedstaaten und verschiedene Instrumente mit Überlappungen. Für Deutschland existiert daher eine zusätzliche europäische Last, aber nur eine instrumentenbezogene Zuordnung wäre seriös. [S07]

12. Kredite, Garantien und Zuschüsse sind nicht dasselbe

Eine zentrale Kostenregel lautet: Zuschuss, Kredit, Garantie und Sachleistung dürfen nicht als gleichartige Eurokosten addiert werden. Ein Zuschuss ist grundsätzlich nicht rückzahlbar. Ein Kredit besitzt einen Rückzahlungsanspruch, dessen ökonomischer Wert vom Ausfallrisiko und den Konditionen abhängt. Eine Garantie wird erst bei Ausfall zur tatsächlichen Zahlung. Sachleistungen haben einen Wiederbeschaffungs- oder Opportunitätswert. In der deutschen Regierungsbilanz sind unter anderem auch Garantien enthalten. Für eine fiskalische Nettorechnung muss deshalb jeder Instrumententyp separat bewertet werden. [S02]

13. Die Zeitenwende und steigende Verteidigungsausgaben

Der Krieg hat die deutsche Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nicht nur punktuell, sondern strukturell verändert. Schon vor 2022 stiegen die Verteidigungsausgaben, doch der russische Großangriff wurde zum politischen Wendepunkt der "Zeitenwende". Das 2022 geschaffene Sondervermögen Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro Kreditermächtigung, die spätere dauerhafte Anhebung des Kernhaushalts, die 2025 beschlossene Bereichsausnahme von Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben oberhalb von 1 % des BIP aus der Schuldenbremse und der NATO-Aufwuchspfad bis 3,5 % des BIP markieren zusammen keine temporäre Krisenreaktion mehr, sondern eine dauerhafte Neuordnung der deutschen Staatsausgaben. [S33][S35][S40]

Für die Folgenabschätzung muss deshalb zwischen drei Dingen getrennt werden: Erstens der ohnehin bestehende Grundbedarf an Landes- und Bündnisverteidigung, der auch ohne den Ukrainekrieg vorhanden gewesen wäre. Zweitens die Beschleunigung und Nachholung bereits zuvor erkannter Fähigkeitslücken. Drittens der tatsächlich zusätzliche Aufwuchs, der politisch mit der seit 2022 verschärften russischen Bedrohung begründet wird. Nur der dritte Teil ist im engeren Sinn kriegsinduziert; der zweite Teil ist ein Beschleunigungseffekt. In der volkswirtschaftlichen Rechnung sind beide relevant, dürfen aber nicht so behandelt werden, als seien sämtliche Verteidigungsausgaben "Kosten des Ukrainekriegs".

Quellen: [S06], [S08]

13a. Der langfristige Ausgabensprung: vom 47-Milliarden-Etat zum 180-Milliarden-Niveau

Der reguläre Verteidigungshaushalt betrug 2021 rund 46,9 Mrd. Euro. 2024 standen rund 51,8 Mrd. Euro im Kernetat und rund 19,7 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr bereit. 2025 waren es rund 62,4 plus 24,1 Mrd. Euro, 2026 rund 82,7 plus 25,5 Mrd. Euro. Für 2027 sieht der aktuelle Entwurf rund 109,7 Mrd. Euro Kernetat und 29,9 Mrd. Euro Sondervermögen vor. Nach Auslaufen des Sondervermögens soll der Kernetat nach der aktuellen Finanzplanung auf rund 153,9 Mrd. Euro 2028, 162,9 Mrd. Euro 2029 und 183,7 Mrd. Euro 2030 steigen. Das ist nicht mehr nur das Schließen einzelner Materiallücken, sondern eine dauerhafte Verschiebung der gesamtstaatlichen Ressourcenallokation. [S33][S34][S41][S42]

Eine einfache Gegenrechnung macht die Größenordnung sichtbar. Nimmt man als rein analytischen Vorkriegspfad den Verteidigungshaushalt 2021 von 46,9 Mrd. Euro und lässt ihn nominal um 2 % pro Jahr wachsen, läge der kumulierte Referenzaufwand 2024 bis 2030 bei rund 370 Mrd. Euro. Die heute geplanten beziehungsweise angesetzten Bundeswehrmittel dieser Jahre liegen zusammen bei rund 906 Mrd. Euro. Die Differenz beträgt rund 536 Mrd. Euro. Bei einem unveränderten nominalen 2021er Niveau wären es rund 578 Mrd. Euro zusätzliche Mittel, bei einem großzügigeren 4-%-Wachstumspfad immer noch rund 490 Mrd. Euro. Diese Differenz ist keine kausal exakt gemessene Kriegskostenposition; sie ist ein transparentes Band für die Größenordnung der sicherheitspolitischen Zusatzmobilisierung gegenüber einem prewar-ähnlichen Pfad.

Jahr	aktueller Bundeswehr-Ressourcenansatz (Mrd. €)	2-%-Vorkriegspfad (Mrd. €)	Differenz (Mrd. €)
2024	71.5	49.8	21.8
2025	86.5	50.8	35.7
2026	108.2	51.8	56.4
2027	139.6	52.8	86.8
2028	153.9	53.9	100.0
2029	162.9	55.0	107.9
2030	183.7	56.0	127.7
Summe 2024–2030	906.3	370.0	536.3

13b. Die neue Schuldenlogik: Sicherheit oberhalb von 1 % des BIP außerhalb der Schuldenbremse

Die wohl tiefgreifendste indirekte Folge ist institutionell. Seit der Grundgesetzänderung 2025 werden Verteidigungsausgaben sowie bestimmte Ausgaben für Zivil- und Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienste, IT-Sicherheit und Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten oberhalb von 1 % des nominalen BIP nicht mehr auf die reguläre Kreditobergrenze angerechnet. Für 2026 sind in dieser Kategorie rund 100,9 Mrd. Euro veranschlagt; rund 57,6 Mrd. Euro oberhalb der Ein-Prozent-Schwelle fallen damit in die Bereichsausnahme. Das BMF weist ausdrücklich darauf hin, dass dieser Anstieg der Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben maßgeblich für die höhere Nettokreditaufnahme 2026 verantwortlich ist. [S35][S43]

Damit entstehen nicht nur heutige Ausgaben, sondern potenziell langfristige Zins- und Tilgungslasten. Der ökonomische Endpunkt ist jedoch nicht "Schulden sind schlecht". Kreditfinanzierung kann bei einer echten Sicherheitsbedrohung rational sein, weil heutige Abschreckungsfähigkeit einen sehr großen zukünftigen Schaden verhindern kann. Die richtige Frage lautet deshalb: Welcher zusätzliche Sicherheitswert wird mit jedem kreditfinanzierten Euro geschaffen, und wie hoch wären die langfristigen Zinskosten im Vergleich zu diesem vermiedenen Erwartungsschaden?

13c. NATO 3,5 % Kernverteidigung und 5 % Sicherheitsaufwand

Deutschland hat sich im NATO-Rahmen verpflichtet, die Kernverteidigungsausgaben auf 3,5 % des BIP anzuheben; hinzu kommt der breitere 1,5-%-Rahmen für verteidigungs- und sicherheitsrelevante Infrastruktur und Resilienz. Die Bundesregierung plant, die 3,5-%-Marke bereits 2029 zu erreichen, und begründet diesen Aufwuchs ausdrücklich mit der russischen Aggression und der Bedrohung der europäischen Sicherheitsordnung. Damit reicht die kriegsbedingte Ressourcenverschiebung weit über den Einzelplan des Verteidigungsministeriums hinaus. [S33][S44]

13d. Personalaufwuchs und neuer Wehrdienst: 460.000 militärisch verfügbare Personen

Der finanzielle Aufwuchs ist mit einem personellen Umbau verbunden. Die Bundeswehr soll bis Mitte der 2030er-Jahre mindestens 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten und 200.000 Reservistinnen und Reservisten umfassen, zusammen rund 460.000 militärisch verfügbare Personen. Der neue Wehrdienst ist seit Anfang 2026 in Kraft und dient ausdrücklich diesem Aufwuchs. Dieser Effekt besitzt neben den Haushaltskosten einen volkswirtschaftlichen Opportunitätseffekt: zusätzliche militärische Arbeitszeit steht nicht gleichzeitig für zivile Produktion zur Verfügung. Umgekehrt schafft die Reserve im Krisenfall eine reale Versicherungsleistung, die im Frieden gerade dadurch wertvoll ist, dass sie möglichst nicht eingesetzt werden muss. [S36][S45]

13e. Vornepräsenz: Brigade Litauen als dauerhafte Auslandsbindung

Mit der Brigade Litauen baut Deutschland erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges dauerhaft einen größeren Kampfverband an der NATO-Ostflanke auf. Ende 2027 soll die Brigade voll einsatzbereit und ausgestattet sein; vorgesehen sind unter anderem neue Leopard-2-Panzer, Drohnenabwehr und weitere speziell auf die Vornepräsenz zugeschnittene Fähigkeiten. Der Nutzen ist Abschreckung und die glaubwürdigere Verteidigung des Baltikums. Die Kosten bestehen nicht nur aus Gerät, sondern aus dauerhaft gebundenem Personal, Auslandsbesoldung, Logistik, Ausbildung, Familieninfrastruktur und Ersatzfähigkeit im Inland. [S37]

13f. Beschaffung, Munition und Rüstungsindustrie

Der Aufwuchs schlägt besonders in der Beschaffung durch. Für 2026 waren insgesamt rund 47,9 Mrd. Euro für militärische Beschaffungen aus Kernhaushalt und Sondervermögen vorgesehen; Milliardenbeträge entfallen allein auf Munition. Gleichzeitig werden Beschaffungsverfahren beschleunigt und Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie ausgeweitet. Ökonomisch ist dies doppeldeutig: Ein Panzer oder Munitionsvorrat ist kein konsumierter Zuschuss an die Ukraine, sondern ein deutscher Sicherheitsvermögenswert. Zugleich bindet seine Herstellung Kapital, Fachkräfte, industrielle Kapazität und Rohstoffe, die alternativ zivil genutzt werden könnten. Der Nutzen muss daher als Versicherungs- und Abschreckungswert bewertet werden, nicht als monetärer Rückfluss. [S34]

13g. Zivilschutz, Bevölkerungsschutz und medizinische Vorsorge

Der Reaktionskomplex erfasst inzwischen auch den zivilen Staat. Die Bundesregierung baut den Bevölkerungsschutz mit Blick auf die verschärfte Sicherheitslage aus; 2026 wurde unter anderem der Ausbau Medizinischer Task Forces für einen möglichen Massenanfall von Verletzten angekündigt. Parallel werden Schutz- und Versorgungsstrukturen für einen Verteidigungs- oder hybriden Krisenfall ertüchtigt. Diese Ausgaben sind keine Ukraine-Hilfe. Sie sind indirekte Versicherungsprämien gegen das Risiko, dass sich der Konflikt räumlich oder hybrid auf Deutschland ausweitet. [S38]

13h. Operationsplan Deutschland und Deutschland als militärische Drehscheibe

Der Operationsplan Deutschland verbindet militärische und zivile Verteidigung. Deutschland soll im Konfliktfall als logistische Drehscheibe für alliierte Kräfte funktionieren; daraus folgen Anforderungen an Verkehrswege, Häfen, Bahn, Energieversorgung, Behörden, Blaulichtorganisationen und kritische Infrastruktur. Die Kosten dieses Umbaus schwimmen teilweise mit ohnehin sinnvollen Infrastrukturinvestitionen. Für die Folgenabschätzung muss deshalb der verteidigungsinduzierte Mehrbedarf separat ausgewiesen werden, statt die gesamten Infrastrukturkosten dem Krieg zuzurechnen. [S39]

13i. Cyberabwehr, Nachrichtendienste, Drohnenabwehr und KRITIS

Auch Cyberabwehr, Nachrichtendienste, Drohnenabwehr und der Schutz kritischer Infrastruktur gehören in die erweiterte Wirkungsbilanz. Die Bundesregierung beschreibt Sabotage, Spionage, Desinformation und Cyberangriffe als tägliche hybride Bedrohung und ordnet einen wesentlichen Teil dieser Lage Russland zu. Das 2026 in Kraft getretene KRITIS-Dachgesetz und zusätzliche Ausgaben für IT- und Cybersicherheit sind daher Teil des indirekten Sicherheitskomplexes. Methodisch ist jedoch Attribution entscheidend: Nicht jede Cyberattacke und nicht jede KRITIS-Investition ist durch den Ukrainekrieg verursacht. Er hat die Risikowahrnehmung und politische Priorisierung aber deutlich beschleunigt. [S46][S47]

13j. Die erweiterte Kostenformel: direkte Kriegshilfe plus Sicherheitsumbau

Die bisherige Kostenformel wird deshalb erweitert. Der deutsche Ressourcenaufwand besteht aus mindestens sechs Blöcken: direkte Ukraine-Unterstützung; Flüchtlingsaufnahme und Integration; Sanktions- und Energieentkopplungskosten; zusätzlicher Bundeswehr- und Verteidigungsaufwuchs gegenüber einem plausiblen Vorkriegspfad; zusätzlicher Zivil-, Cyber-, KRITIS- und Nachrichtendienstaufwand; sowie Zins- und Opportunitätskosten der zusätzlichen Ressourcenbindung. Diese Blöcke dürfen nicht blind addiert werden, weil viele Ausgaben Vermögenswerte schaffen, Transfers enthalten oder mehrere Ziele gleichzeitig erfüllen. Aber sie müssen gemeinsam untersucht werden, wenn die Frage lautet, welchen Preis Deutschland für die seit 2022 eingeschlagene Russland- und Ukrainepolitik tatsächlich trägt.

Der Nutzenblock muss spiegelbildlich erweitert werden: unmittelbarer Beitrag zum Fortbestand der Ukraine; Abschreckung eines russischen Angriffs auf NATO-Gebiet; Verringerung politischer und energiepolitischer

Erpressbarkeit; höhere militärische Bereitschaft Deutschlands; Bündnisglaubwürdigkeit; höhere Resilienz gegen hybride Angriffe; sowie mögliche technologische und industrielle Spillover. Der Endpunkt bleibt derselbe wie in einer medizinischen Nutzen-Risiko-Rechnung: Nicht die verabreichte Dosis ist der Nutzen, sondern die tatsächlich verhinderte Krankheit. Hier ist nicht die Zahl der ausgegebenen Milliarden der Nutzen, sondern der messbar oder plausibel vermiedene Sicherheits-, Kriegs- und Erpressungsschaden.

14. Energiekrisenhilfen: bis zu 187 Milliarden Euro – aber überwiegend Transfers

Deutschland reagierte auf die Energiekrise 2022 und 2023 mit umfangreichen Entlastungsmaßnahmen. Eine ifo/EconPol-Auswertung beziffert das bereitgestellte Volumen der deutschen Energiekrisenpakete auf bis zu rund 187 Milliarden Euro, davon etwa 71 Milliarden Euro mit direktem Bezug auf Öl- und Gasnutzer. Diese Größe zeigt die fiskalische Dimension der Krise, darf aber nicht als Wohlfahrtsverlust addiert werden. Preisbremsen, Einmalzahlungen und Steuersenkungen sind zu einem erheblichen Teil Transfers innerhalb der deutschen Volkswirtschaft. Der zugrunde liegende reale Schaden war der teurere Energieimport und die dadurch ausgelöste Produktions- und Konsumreduktion. [S26]

Quellen: [S26]

TEIL III – Die breitere volkswirtschaftliche Belastung

15. Kriegskosten sind nicht gleich Politikkosten

Für eine deutsche Nutzen-Aufwand-Rechnung muss streng getrennt werden zwischen den Kosten des russischen Angriffs und den Kosten der deutschen Reaktion. Ein hoher Gaspreis kann durch russische Lieferkürzungen, Marktpanik, Kriegsschäden, europäische Sanktionen, LNG-Engpässe oder nationale Energiepolitik beeinflusst sein. Nur der zusätzliche Anteil, den Deutschland durch eine andere Politik hätte vermeiden können, ist eine echte Interventionsnebenwirkung. Der verbleibende Teil ist ein externer Kriegsschock, der auch bei einer neutraleren deutschen Haltung entstanden sein könnte.

16. Der Terms-of-Trade-Schock 2022

Eine besonders greifbare Wohlfahrtsgröße ist der Terms-of-Trade-Verlust: Wenn importierte Energie erheblich teurer wird, muss Deutschland mehr reale Güter und Dienstleistungen exportieren, um dieselbe Menge Energie zu finanzieren. Das Institut der deutschen Wirtschaft bezifferte den deutschen Terms-of-Trade-Verlust im Jahr 2022 auf rund 75 Milliarden Euro. Diese Zahl beschreibt keinen Staatshaushalt, sondern einen realen Kaufkrafttransfer an Energieexporteure. Sie ist damit näher an einem volkswirtschaftlichen Schaden als viele Förder- oder Entlastungsbudgets. [S21]

Quellen: [S21]

17. Gegenfaktuale Produktionsverluste 2022–2024

In einer 2025 aktualisierten Gegenfaktualrechnung schätzt das IW die gegenüber einem Verlauf ohne die kriegs- und geopolitikbedingten Belastungen verlorene Wirtschaftsleistung Deutschlands auf etwa 100 Milliarden Euro 2022, 145 Milliarden 2023 und 200 Milliarden 2024 – zusammen rund 445 Milliarden Euro. Dies ist eine Modellschätzung, kein beobachteter Geldabfluss. Sie enthält Energiepreise, Unsicherheit, schwache Weltwirtschaft und weitere mit dem Krieg verknüpfte Belastungen. Vor allem darf sie nicht vollständig der deutschen Ukraine-Unterstützung oder den Sanktionen zugerechnet werden. [S20]

Methodisch ist die Zahl dennoch wichtig. Sie setzt eine Obergrenze für die Größenordnung des deutschen Kriegsschocks in den ersten drei Jahren. Würde man fälschlich sämtliche 445 Milliarden Euro als Folge der deutschen politischen Entscheidungen behandeln, wäre die Nutzenhürde extrem hoch. Würde man umgekehrt so tun, als habe der Krieg Deutschland außerhalb der Hilfsbudgets wirtschaftlich nichts gekostet, wäre die Rechnung ebenso falsch. Die richtige Analyse führt die 445 Milliarden als breiten Kriegsschock und schätzt in Szenarien, welcher Anteil politisch vermeidbar gewesen wäre.

Quellen: [S20]

18. Handel mit Russland: eingebrochene Ströme

Deutschlands Handel mit Russland ist seit 2022 massiv geschrumpft. 2022 fielen die deutschen Exporte nach Russland um rund 45 Prozent auf 14,6 Milliarden Euro; der Wert der Importe stieg zunächst wegen der Energiepreise trotz stark fallender Mengen. 2024 lagen die deutschen Importe aus Russland nur noch bei rund 1,8 Milliarden Euro und damit etwa 95 Prozent unter 2021. Die Exporte lagen mit rund 7,6 Milliarden Euro etwa 72 Prozent unter 2021. [S23][S27]

Der Rückgang der Bruttoexporte darf nicht eins zu eins als Wohlstandsverlust gerechnet werden. Unternehmen können andere Märkte finden, Vorleistungen enthalten, und Exportumsatz ist nicht gleich deutsche Wertschöpfung. Gleichwohl entstanden Anpassungskosten, verlorene Geschäftsbeziehungen und sektorale Verluste. Dem steht der strategische Nutzen einer geringeren Abhängigkeit von einem geopolitisch feindseligen Lieferanten gegenüber.

19. Energieabhängigkeit: Kosten und strategischer Gewinn

Die Verringerung russischer Energieabhängigkeit ist einer der klarsten messbaren Strukturveränderungen. In der EU sank der Anteil russischen Gases an den Importen von rund 45 Prozent 2021 auf ungefähr 12 Prozent 2025. Deutschland errichtete LNG-Infrastruktur, diversifizierte Lieferländer und verringerte die direkte russische Importabhängigkeit drastisch. [S24]

Dieser Nutzen ist jedoch nicht kostenlos. Kurzfristig musste Europa deutlich teurere Energie einkaufen, und Teile der deutschen energieintensiven Industrie litten unter dauerhaft höheren Kosten. Strategisch wurde ein spezifisches Erpressungsrisiko reduziert; ökonomisch wurde dafür ein erheblicher Übergangspreis bezahlt. Die Nettofrage lautet, welcher Versicherungswert der geringeren Abhängigkeit beizumessen ist und ob derselbe Resilienzgewinn früher und billiger hätte erreicht werden können.

Quellen: [S24]

20. Industrie und Standort

Die energieintensive deutsche Industrie wurde vom Energiepreisschock besonders getroffen. Chemie, Metall, Glas, Papier, Dünger und andere Branchen reduzierten teilweise Produktion. Nicht jeder Rückgang ist dauerhaft und nicht jeder Standortverlust ist auf Russlandpolitik zurückzuführen; zugleich ist die deutsche Kostenbasis seit 2022 strukturell verändert. Für die Folgenabschätzung ist entscheidend, ob Produktion dauerhaft in andere Länder verlagert wird. Dann entsteht ein deutscher Wohlstandsverlust, während ein Teil der geopolitischen Risiken lediglich verschoben wird.

21. Inflation, Einkommen und Verteilung

Die Energie- und Nahrungsmittelpreisschocks trafen Haushalte ungleich. Niedrige Einkommen geben einen höheren Anteil für Heizen, Strom und Lebensmittel aus, sodass derselbe Preisimpuls relativ stärker wirkt. Staatliche Entlastungen milderten diese Belastung, verteilten sie aber teilweise über Steuern und Verschuldung in die Zukunft. Eine vollständige Wohlfahrtsbilanz müsste die Verteilungswirkungen nach Einkommen, Haushaltsgröße, Wohnform und Energieverbrauch trennen. Für die Gesamtbewertung genügt die Feststellung, dass der Kriegsschock nicht nur staatliche Budgets, sondern reale private Kaufkraft belastete.

22. Warum man die Kosten nicht einfach addieren darf

Größe	Darf addiert werden?	Warum
100,9 Mrd. € Bundes-Unterstützungsrahmen	teilweise	enthält künftige Verpflichtungen, Sachleistungen und Flüchtlingsausgaben
445 Mrd. € IW Produktionsverlust	nein, nicht mechanisch	Gegenfaktualer Makroverlust; enthält Folgen, die auch ohne deutsche Politik entstanden wären
75 Mrd. € Terms-of-Trade-Verlust 2022	nicht zusätzlich zu 445 Mrd.	Teil des gesamtwirtschaftlichen Schocks
187 Mrd. € Energiekrisenhilfen	nein	überwiegend Transfers/Entlastungen, nicht realer Ressourcenverlust in gleicher Höhe
steigende Verteidigungsausgaben	separat	schaffen deutsche Fähigkeiten und Assets
EU-Unterstützung >220 Mrd. €	nicht zur deutschen Zahl	enthält Mitgliedstaatenbeiträge und EU-Instrumente; Überlappung

Die seriöse Schlussrechnung arbeitet deshalb mit mehreren Ebenen statt einer künstlichen „Gesamtkosten“-Zahl. Die engste Ebene sind deutsche Bundesmittel und Ressourcen für Ukraine und Schutzsuchende. Die zweite Ebene sind zusätzliche deutsche Sicherheits- und Transformationsausgaben. Die dritte Ebene sind makroökonomische Kriegsschäden. Erst in Szenarien wird gefragt, welcher Anteil davon durch die konkrete deutsche Politik vermeidbar oder zusätzlich verursacht wurde.

Zwischenfazit nach der Kostenseite: Drei Blöcke, eine Nutzenhürde

Kostenblock	Größenordnung	Möglicher Endnutzen	Was müsste für Break-even gelten?
1. Bereits zusätzlicher Bundeswehr-Ressourcenaufwand 2024–2026	≈ 113,9 Mrd. € über einem 2-%-Vorkriegspfad	Bessere Einsatzbereitschaft, geschlossene Fähigkeitslücken, Abschreckung.	Bei 3 Bio. € möglichem Kriegsschaden müsste dieser Block das Risiko um ≈ 3,8 Prozentpunkte senken.
2. Direkte bilaterale Ukraine-Unterstützung	> 100,9 Mrd. €: >43,3 Mrd. € zivil + ≈57,6 Mrd. € militärisch bereitgestellt/gebunden	Fortbestand der Ukraine, humanitäre Wirkung, Bindung russischer Kräfte, möglicher Sicherheitsgewinn für Europa.	Allein als deutsche Sicherheitsversicherung wären bei 3 Bio. € Schadensannahme >3,4 Prozentpunkte Risikoreduktion nötig; direkte finanzielle Rückzahlung gibt es nicht.
3. Noch geplanter zusätzlicher Bundeswehr-Aufwuchs 2027–2030	≈ 422,4 Mrd. € über dem 2-%-Vorkriegspfad	Dauerhafte Abschreckung, NATO-Fähigkeiten, europäische Eigenständigkeit, Resilienz.	Bei 3 Bio. € möglichem Kriegsschaden wären ≈14,1 Prozentpunkte Risikoreduktion nötig.
GESAMTRAHMEN (Brutto, nicht als Nettokosten addierbar)	> 637 Mrd. € aus direkter Unterstützung plus zusätzlichem Bundeswehr-Aufwuchs 2024–2030	Kein gemeinsamer Geldrückfluss; der Hauptnutzen muss als vermiedener Sicherheits- und Kriegsschaden entstehen.	Bei 3 Bio. € Schadensannahme entspräche der Größenrahmen >21 Prozentpunkten erforderlicher Risikoreduktion.

Zwischenurteil: Schon vor der Bewertung von Energie-, Handels- und allgemeinen Kriegsschäden ist die deutsche Ressourcenentscheidung außergewöhnlich groß. Der direkte Unterstützungsblock ist bereits dreistellig; der zusätzliche eigene militärische Aufwuchs ist bis 2030 noch einmal mehr als fünfmal so groß. Der beobachtbare unmittelbare Nutzen ist der Fortbestand der Ukraine als souveräner Staat und eine deutlich höhere deutsche beziehungsweise europäische Verteidigungsfähigkeit. Der deutsche monetäre Rückfluss ist dagegen praktisch null. Damit muss der Hauptnutzen in vermiedenen zukünftigen Sicherheitsereignissen liegen. Bei den im Bericht hergeleiteten niedrigen einstelligen Ausgangsrisiken kann ein zusätzlicher Ressourcenrahmen von mehr als einer halben Billion Euro nicht allein durch die Abwehr eines direkten Russland-Angriffs oder eines begrenzten NATO-Tests getragen werden. Er wäre nur dann verhältnismäßig, wenn weitere Nutzenposten - etwa ein weitgehender Ausfall amerikanischer Sicherheitsgarantien, konkret bezifferte NATO-Fähigkeitslücken oder eine deutlich höhere tatsächliche Angriffswahrscheinlichkeit - in sehr großer Größenordnung hinzukommen und empirisch belegt werden.

TEIL IV – Was Deutschland und seine Verbündeten tatsächlich erreicht haben

23. Der wichtigste militärische Endpunkt: Die Ukraine existiert weiter

Der wohl wichtigste beobachtbare positive Endpunkt ist banal und zugleich fundamental: Die Ukraine existiert im September 2026 weiterhin als souveräner, international anerkannter Staat mit eigener Regierung, Armee und großen Teilen ihres Territoriums. Russlands ursprünglicher Angriff auf Kyiv und der Versuch, die politische Führung zu beseitigen oder zu unterwerfen, scheiterten. Westliche Militär-, Finanz- und Geheimdiensthilfe war für die langfristige ukrainische Verteidigungsfähigkeit erheblich. Deutschland war Teil dieser Koalition.

Der Kausalanteil Deutschlands allein lässt sich nicht messen. Die Vereinigten Staaten, europäische Staaten und die Ukraine selbst trugen jeweils entscheidend bei. Ein marginales Gegenfaktum, in dem nur Deutschland aus der Koalition ausgeschieden wäre, könnte einen wesentlich kleineren Effekt ergeben als ein europäisches Gesamt-Gegenfaktum. Genau deshalb darf der Nutzen „Ukraine besteht weiter“ nicht vollständig der deutschen Rechnung gutgeschrieben werden.

24. Territoriale Bilanz

Gleichzeitig ist das territoriale Ziel einer vollständigen Wiederherstellung der international anerkannten Grenzen nicht erreicht. Nach aktuellen Analysen kontrolliert Russland einschließlich der bereits vor 2022 besetzten Gebiete ungefähr 19 bis 20 Prozent des ukrainischen Staatsgebiets. Seit dem 24. Februar 2022 beträgt der russische Netto-Gebietsgewinn grob zwölf Prozent der Ukraine. Die Frontbewegungen der jüngeren Zeit sind verglichen mit 2022 klein, aber Russland hat seine Besatzung nicht wesentlich zurückgegeben. [S17][S18]

Für Deutschland ist die territoriale Rendite null. Deutschland besitzt keine eigenen territorialen Ansprüche gegen Russland und erhält bei einer ukrainischen Rückeroberung kein Land. Der Nutzen territorialer Rückgewinne ist ukrainisch und europäisch-strategisch: weniger russische Machtprojektion, ein stärkerer ukrainischer Staat und möglicherweise eine stabilere Sicherheitsordnung. Er ist kein deutscher Vermögenszuwachs.

Quellen: [S17], [S18]

25. Russische militärische Abnutzung

Ein häufig genannter strategischer Nutzen der Unterstützung ist, dass Russland in der Ukraine erhebliche Mengen Personal, Material, Munition und Haushaltsressourcen bindet und verliert. Dieser Effekt ist real; Russland hat zugleich seine Kriegswirtschaft hochgefahren und die Verteidigungsausgaben stark erhöht. Der Nutzen für Deutschland besteht darin, dass russische Kapazitäten, die andernfalls potentiell gegen NATO-Staaten zur Verfügung stünden, verbraucht werden. Die Gegenwirkung ist, dass Russland gleichzeitig Kampferfahrung, Produktionskapazitäten, Drohnentechnologie und Mobilisierungssysteme ausbaut. Die reine Zahl zerstörter russischer Fahrzeuge ist daher kein vollständiger Sicherheitsnutzen.

26. Sanktionen: Wirkung, aber kein Kriegsstopp

Die EU-Sanktionen haben den Handel, Technologietransfer und russische Energieerlöse erheblich verändert. Offizielle EU-Angaben verweisen auf stark gesunkene EU-Zahlungen für russische Energie und einen massiven Rückgang von Importen und Exporten. Russland musste Handelsströme nach Asien umlenken, Preisabschläge akzeptieren und Technologien substituieren. [S28]

Der entscheidende Endpunkt – Russland zur Beendigung des Krieges zu zwingen – ist bis September 2026 jedoch nicht erreicht. Russland finanziert den Krieg weiter und hält große besetzte Gebiete. Sanktionen sind damit weder „wirkungslos“ noch haben sie ihr Maximalziel offenkundig erreicht. Ihr Nutzen muss als Verringerung russischer wirtschaftlicher und militärischer Möglichkeiten gegenüber einem Gegenfaktum ohne Sanktionen bewertet werden. Dieser Gegenfaktualeffekt ist schwerer zu quantifizieren als der beobachtete Handelsrückgang.

Quellen: [S28]

27. Bündniswirkung

Deutschlands Unterstützung stärkte die Geschlossenheit der EU und der NATO in einer Situation, in der eine große europäische Macht einen Nachbarstaat mit militärischer Gewalt angriff. Dieser Bündnisnutzen ist für Deutschland potentiell erheblich, weil Deutschlands Sicherheit stark auf kollektiver Abschreckung basiert. Wenn Verbündete erwarten, dass Deutschland im Krisenfall Verpflichtungen einhält, kann dies die Glaubwürdigkeit gegenseitiger Hilfe erhöhen. Gleichzeitig kann dauerhafte Lastenungleichheit innerhalb der Koalition Spannungen erzeugen. Bündniskohäsion ist daher ein realer, aber nur indirekt monetarisierbarer Nutzen.

28. Humanitärer Endpunkt

Die deutsche Unterstützung hat Versorgung, Schutz, medizinische Hilfe, Wiederherstellung kritischer Infrastruktur und Aufnahme von Schutzsuchenden ermöglicht. Diese Wirkungen sind nicht sinnvoll ausschließlich in deutschem BIP zu bewerten. Aus einer humanitären Perspektive besitzen verhinderte Todesfälle, Verletzungen, Obdachlosigkeit und Not einen eigenständigen Wert. In einer strikt nationalen Wohlfahrtsrechnung wäre dieser Nutzen geringer gewichtet; in einer universalistischen Rechnung ist er zentral. Die Untersuchung trennt diese normativen Ebenen, anstatt humanitären Nutzen als angeblichen deutschen Finanzgewinn auszugeben.

29. Ukrainische Arbeitskräfte und Integration in Deutschland

Die Flüchtlingsaufnahme kann langfristig auch einen demografischen und arbeitsmarktpolitischen Nutzen haben. Deutschland altert, und zusätzliche Erwerbstätige können Arbeitskräfteengpässe mildern. Die Beschäftigungsquote ukrainischer Schutzsuchender ist seit 2022 gestiegen; bis Ende 2025 berichtet die Bundesregierung, dass ungefähr die Hälfte beschäftigt war. Der langfristige Nettoeffekt hängt von Qualifikation, Sprachkenntnissen, Familienstruktur, Rückkehrquote, Transferbezug und Löhnen ab. Es wäre deshalb genauso falsch, jeden Flüchtling nur als Kostenstelle wie automatisch als Fachkräftegewinn zu behandeln.

30. Reconstruction: Chance, aber keine Rückzahlung

Die Weltbank beziffert den Wiederaufbau- und Erholungsbedarf der Ukraine in der RDNA5 von 2026 auf nahezu 588 Milliarden US-Dollar über zehn Jahre. Deutsche Unternehmen aus Bau, Maschinenbau, Energie, Versicherung, Logistik, Digitalisierung und Finanzwirtschaft können an diesem Markt teilnehmen. Die Bundesregierung wirbt ausdrücklich für private Investitionen und Wiederaufbaupartnerschaften. [S25][S29]

Diese Chance darf nicht als fiskalische Erstattung verbucht werden. Ein Auftrag für Siemens, Hochtief oder einen Mittelständler ist privatwirtschaftlicher Umsatz, aus dem Löhne und Steuern entstehen können. Der Bund erhält dadurch nicht automatisch seine zuvor geleisteten Milliarden zurück. Ob deutsche Unternehmen einen überproportionalen Anteil erhalten, hängt von Finanzierung, Ausschreibungen, Sicherheitslage und Wettbewerb ab.

Quellen: [S25], [S29]

TEIL V – Was Deutschland nicht zurückbekommt

31. Keine Gebiete

Die Frage „Kriegen wir irgendwann irgendwelche Gebiete zurück?“ lässt sich für Deutschland eindeutig beantworten: nein. Deutschland hat der Ukraine Unterstützung geleistet, besitzt aber keinerlei territorialen Rückzahlungsanspruch. Eine Wiederherstellung ukrainischer Gebiete wäre ein ukrainischer Souveränitätsgewinn und möglicherweise ein deutscher Sicherheitsgewinn, aber kein deutscher Vermögenszufluss.

32. Keine allgemeine Rückzahlung der Zuschüsse

Der überwiegende Teil klassischer deutscher militärischer und ziviler Zuschusshilfe begründet keinen normalen Rückzahlungsanspruch gegen die Ukraine. Kredite und Garantien sind gesondert zu behandeln, doch die zentrale deutsche Unterstützungsarchitektur ist kein Darlehensvertrag, bei dem nach Kriegsende 100 Milliarden Euro zurücküberwiesen werden. Wer die Hilfe politisch als Investition bezeichnet, verwendet den Begriff deshalb überwiegend strategisch, nicht bilanziell.

33. Russische Zentralbankvermögen: eingefroren ist nicht enteignet

In der EU sind große Vermögenswerte der russischen Zentralbank immobilisiert. Die EU verwendet mittlerweile außerordentliche Erträge aus diesen Vermögen zur Unterstützung der Ukraine und zur Bedienung von Kreditstrukturen. Bis August 2026 wurden nach EU-Angaben Milliardenbeträge an solchen Erträgen mobilisiert. Der Kapitalstock selbst wird jedoch nicht einfach als frei verfügbares Reparationsvermögen behandelt; Eigentums-, Immunitäts- und Finanzmarktfragen sind rechtlich und politisch umstritten. [S14][S15]

Für Deutschland bedeutet das: Russische Vermögenserträge können die zukünftige Finanzierung der Ukraine und damit mittelbar den europäischen Steuerzahler entlasten. Es existiert aber kein Automatismus, wonach Deutschland aus diesen Geldern seine bisherigen bilateralen Hilfen vollständig erstattet bekommt. Die korrekte Bilanz ist ein möglicher zukünftiger Kostensenker, nicht ein bestehender deutscher Erstattungsanspruch.

Quellen: [S14], [S15]

34. G7/EU-Kredite gegen russische Erträge

Die EU beteiligt sich an kreditbasierten G7-Strukturen, deren Rückzahlung aus außerordentlichen Erträgen immobilisierter russischer Staatsvermögen erfolgen soll. Das ist fiskalisch wesentlich günstiger als ein reiner Zuschuss, sofern die Erträge anfallen und die rechtlichen Konstruktionen Bestand haben. Es verändert jedoch nicht rückwirkend den Charakter bereits gewährter deutscher Zuschüsse. [S15][S16]

35. Keine garantierten Rohstoff- oder Konzessionsrechte

Deutschland erhält aus der Unterstützung keine bekannten automatischen Eigentumsrechte an ukrainischen Rohstoffen, Boden, Infrastruktur oder Staatsunternehmen. Private deutsche Unternehmen können investieren und Verträge schließen, doch dies sind marktliche Geschäfte. Eine Nutzenrechnung darf daher keine hypothetischen Rohstoffwerte auf die deutsche Habenseite buchen.

36. Wiederaufbau als fiskalische Illusion vermeiden

Auch der Wiederaufbau ist zunächst zusätzliche Finanzierung, nicht Rückzahlung. Selbst wenn deutsche Firmen Aufträge erhalten, können deutsche öffentliche Garantien, Exportkredite oder EU-Mittel erforderlich sein. Der Nettovorteil Deutschlands ist die inländische Wertschöpfung abzüglich eingesetzter Ressourcen und Risiken, nicht der Bruttowert des Auftrags. Ohne konkrete Vertragsdaten bleibt dieser Nutzen potentiell, nicht realisiert.

TEIL VI – Der eigentliche deutsche Nutzen: Sicherheit als vermiedener Erwartungsschaden

37. Warum der Sicherheitsnutzen alles dominiert

Wenn Deutschland weder Land noch eine garantierte Rückzahlung erhält, muss die ökonomische Hauptrechtfertigung strategischer Natur sein. Der Nutzen besteht darin, einen schlechteren Sicherheitszustand Europas zu verhindern: eine unterworfenen oder dauerhaft neutralisierte Ukraine, einen größeren russischen militärischen und politischen Einflussraum, eine geschwächte Glaubwürdigkeit westlicher Bündnisse und möglicherweise ein höheres Risiko späterer militärischer Erpressung oder Angriffe gegen NATO-Staaten. Die Bundesregierung formuliert entsprechend, eine souveräne demokratische Ukraine sei zentral für Deutschlands Sicherheit. [S01]

Diese Behauptung kann nicht durch Wiederholung monetarisiert werden. Sie braucht eine Erwartungswertrechnung. Der deutsche Sicherheitsnutzen einer zusätzlichen Hilfeinheit ist das Produkt aus drei Größen: Erstens die Wahrscheinlichkeit eines negativen Sicherheitsereignisses ohne diese Hilfe. Zweitens die Verringerung dieser Wahrscheinlichkeit durch die Hilfe. Drittens der deutsche Schaden, falls das Ereignis eintritt. Nur die zweite Größe ist der kausale Effekt der Intervention.

38. Break-even-Formel

Erwarteter deutscher Sicherheitsnutzen = $\Delta P \times L$. ΔP ist die durch die konkrete deutsche Unterstützung verursachte Verringerung der Wahrscheinlichkeit des negativen Ausgangs; L ist der deutsche wirtschaftliche, fiskalische und sicherheitspolitische Schaden dieses Ausgangs. Break-even gilt bei $\Delta P = \text{Kosten} / L$.

Die Formel zwingt die Debatte aus der Rhetorik in die Mathematik. Wer 100 Milliarden Euro reale Zusatzkosten mit Sicherheit begründet, muss entweder zeigen, dass der mögliche Folgeschaden extrem groß ist, oder dass Deutschlands Beitrag die Wahrscheinlichkeit dieses Schadens erheblich verändert. Ist der Schaden beispielsweise 500 Milliarden Euro, braucht es 20 Prozentpunkte Risikoreduktion. Bei einem Schaden von zwei Billionen Euro reichen fünf Prozentpunkte. Je kleiner der marginale deutsche Einfluss, desto schwieriger wird die Rechtfertigung.

39. Break-even-Matrix für direkte deutsche Kosten

Reale Zusatzkosten	Schaden 250 Mrd. €	500 Mrd. €	1 Bio. €	2 Bio. €	4 Bio. €
50 Mrd. €	20 %	10 %	5 %	2,5 %	1,25 %
100 Mrd. €	40 %	20 %	10 %	5 %	2,5 %
150 Mrd. €	60 %	30 %	15 %	7,5 %	3,75 %
250 Mrd. €	100 %	50 %	25 %	12,5 %	6,25 %
445 Mrd. €*	>100 %	89 %	44,5 %	22,3 %	11,1 %

*445 Mrd. € ist hier ausschließlich ein Stresstest mit der IW-Größe des gesamten 2022–2024-Kriegsschocks. Sie ist ausdrücklich keine belastbare Zahl der Kosten deutscher Ukraine-Politik.

40. Was könnte ein russischer Sieg Deutschland kosten?

Eine exakte Zahl existiert nicht. Ein russischer Sieg könnte zusätzliche deutsche Verteidigungsausgaben, eine dauerhaft stärkere NATO-Ostflanke, höhere Versicherungs- und Energiekosten, neue Flüchtlingsbewegungen, Cyber- und Sabotagerisiken sowie eine stärkere Abhängigkeit Europas von US-Sicherheitsgarantien auslösen. IISS-Analysen argumentieren, dass Russland trotz hoher Verluste in relativ kurzer Zeit wieder erhebliche konventionelle Fähigkeiten aufbauen könnte und dass eine russische Erfolgslage in der Ukraine Europas Verteidigungsanforderungen stark erhöhen würde. [S30][S31]

Solche Studien sind keine Rechnung darüber, was „ein russischer Sieg Deutschland kostet“. Sie liefern aber eine plausible Grundlage für Szenarien in hunderten Milliarden oder mehr, wenn man jahrzehntelange zusätzliche Verteidigung, Krisenrisiken und wirtschaftliche Störungen einbezieht. Genau deshalb ist ein Sicherheitsnutzen von 100 Milliarden Euro keineswegs absurd. Er ist aber auch nicht bewiesen. Der Break-even-Ansatz macht sichtbar, welche Kombination aus Schadenshöhe und Risikoreduktion erforderlich ist.

Quellen: [S30], [S31]

41. Der marginale deutsche Beitrag ist kleiner als der westliche Gesamteffekt

Die größte Gefahr einer deutschen Nutzenrechnung besteht darin, den Nutzen der gesamten westlichen Unterstützung Deutschland gutzuschreiben. Wenn die Ukraine ohne jegliche westliche Hilfe sehr wahrscheinlich unterlegen wäre, folgt daraus nicht, dass sie ohne deutsche Hilfe allein ebenfalls unterlegen wäre. Waffen, Munition und Geld anderer Staaten können substituieren. Der relevante ΔP -Wert für Deutschland ist daher der Unterschied zwischen „Koalition mit Deutschland“ und „Koalition ohne Deutschland“, nicht zwischen „volle westliche Hilfe“ und „gar keine Hilfe“.

Für zukünftige Entscheidungen ist dieser marginale Ansatz entscheidend. Die erste Milliarde deutscher Hilfe kann bei akuter Materialknappheit extrem wertvoll sein. Die fünfzigste Milliarde kann weniger zusätzlichen Effekt haben, wenn andere Staaten dieselbe Lücke schließen würden. Umgekehrt kann Deutschlands politische Führungsrolle andere europäische Beiträge mobilisieren und dadurch einen Multiplikator erzeugen. Dieser Hebel muss empirisch geprüft und darf nicht automatisch angenommen werden.

42. Der kollektive europäische Nutzen

Auf europäischer Ebene ist die Rechnung günstiger, wenn man davon ausgeht, dass ein ukrainischer Zusammenbruch Europas Sicherheitsordnung erheblich verschlechtert. Dann können einige zehn Milliarden Euro jährliche Ukraine-Unterstützung eine Art Vorfeldverteidigung darstellen, die teurere dauerhafte Truppen, Material und Abschreckung an der NATO-Grenze reduziert. IISS und andere Institute argumentieren in diese Richtung. Die analytische Schwäche bleibt: Der genaue Unterschied zwischen den beiden Sicherheitswelten ist nicht beobachtbar. [S30]

43. Eskalationsrisiko als Nebenwirkung

Militärische Unterstützung reduziert möglicherweise das Risiko eines russischen Erfolgs, kann zugleich aber Eskalationsrisiken erhöhen. Dazu gehören direkte Konfrontationen zwischen Russland und NATO-Staaten, Angriffe auf Logistik, Sabotage, Cyberoperationen und nukleare Drohungen. Seit 2022 haben hybride russische Aktivitäten gegen europäische Staaten zugenommen. [S32]

Es wäre falsch, jede solche Aktivität der westlichen Unterstützung zuzuschreiben; Russland kann auch bei geringerer Hilfe aggressiv handeln. Ebenso wäre es falsch, das Eskalationsrisiko auf null zu setzen. In der medizinischen Analogie ist dies eine seltene, aber potentiell schwere Nebenwirkung. Eine robuste Strategie minimiert sie durch klare rote Linien, Bündniskoordination, Luftverteidigung und Kommunikation, ohne automatisch auf wirksame Hilfe zu verzichten.

Quellen: [S32]

TEIL VII – Sanktionen als eigene Intervention

44. Zielhierarchie der Sanktionen

Sanktionen können unterschiedliche Ziele haben: Kriegsfinanzierung erschweren, technologische Fähigkeiten reduzieren, politische Kosten erhöhen, Verhandlungsbereitschaft steigern, Normverletzungen sanktionieren und zukünftige Aggression abschrecken. Diese Ziele dürfen nicht miteinander verwechselt werden. Dass der russische Außenhandel leidet, beweist nicht, dass die Sanktionen den Krieg verkürzt haben. Dass der Krieg weitergeht, beweist umgekehrt nicht, dass Russland ohne Sanktionen gleich stark wäre.

45. Messbarer Effekt

Messbar sind massive Veränderungen der EU-Russland-Handelsbeziehungen und der russischen Energieerlöse aus Europa. Die EU weist für 2025 gegenüber 2021 stark gesunkene Exporte nach Russland, Importe aus Russland und Zahlungen für russische Energie aus. Russland hat diese Einbußen teilweise über andere Märkte kompensiert, jedoch unter Anpassungskosten, Preisabschlägen und höherem technologischem Aufwand. [S28]

46. Deutscher Preis

Deutschland zahlte für den schnellen Bruch mit russischer Energie einen hohen Übergangspreis. Die 75 Milliarden Euro Terms-of-Trade-Verlust 2022 und die energieintensive Rezession sind dabei wichtige Indikatoren, auch wenn sie nicht vollständig Sanktionskosten sind. Der relevante Vergleich wäre: Wie hätte sich Gaspreis, Versorgung und Handel entwickelt, wenn Deutschland bestimmte Sanktionen nicht unterstützt hätte, Russland aber weiterhin Krieg geführt und Lieferungen als Druckmittel eingesetzt hätte? Eine einfache „vor Sanktionen billig, nach Sanktionen teuer“-Kausalität ist daher nicht hinreichend.

47. Hat die Sanktionspolitik ihr Hauptziel erreicht?

Bis September 2026 hat sie Russland nicht zur Beendigung des Krieges gezwungen. Das ist ein klarer Befund. Gleichzeitig hat Russland enorme Verteidigungsausgaben, wirtschaftliche Umorientierung und technologische Umwege akzeptieren müssen. Eine nüchterne Bewertung lautet deshalb: Sanktionen erzeugen Kosten beim Gegner, aber die Elastizität des politischen Kriegsziels gegenüber diesen Kosten war bislang gering. Je länger dieser Befund anhält, desto stärker muss geprüft werden, ob zusätzliche Sanktionen noch hohe marginale Wirkung erzeugen oder überwiegend zusätzliche Kosten für Europa schaffen.

48. Sanktions-Break-even

Auch Sanktionen lassen sich als Erwartungswert rechnen. Wenn ein zusätzliches Sanktionspaket Deutschland fünf Milliarden Euro reale Wohlfahrtskosten verursacht, müsste es entweder die russische Kriegsfähigkeit in einem mindestens gleichwertigen Ausmaß schwächen oder die Wahrscheinlichkeit eines früheren beziehungsweise günstigeren Kriegsendes so stark erhöhen, dass der erwartete deutsche Sicherheitsnutzen fünf Milliarden Euro übersteigt. Ohne eine solche Kette ist „mehr Sanktionen“ ebenso wenig automatisch effizient wie „mehr Medikament“ in einer Therapie.

TEIL VIII – Alternativen zur gewählten Politik

49. Alternative A: Keine militärische Unterstützung

Die günstigste unmittelbare Haushaltsalternative wäre gewesen, keine Waffen und keine militärische Finanzierung bereitzustellen. Deutschland hätte dadurch zweistellige Milliardenbeträge gespart. Der Preis wäre ein geringerer deutscher Einfluss auf den Kriegsverlauf, eine höhere Last für Verbündete und möglicherweise eine höhere Wahrscheinlichkeit ukrainischer militärischer Niederlagen gewesen. Ob diese Wahrscheinlichkeit marginal um zwei, zehn oder zwanzig Prozentpunkte gestiegen wäre, ist die zentrale unbekannte Größe.

50. Alternative B: Humanitär und wirtschaftlich helfen, aber keine Waffen

Eine zweite Strategie hätte humanitäre Hilfe, Flüchtlingsschutz und Wiederaufbau finanziert, militärische Unterstützung aber ausgeschlossen. Sie hätte den moralischen Schutzauftrag teilweise erfüllt und Eskalationsrisiken reduziert, hätte jedoch den Kernmechanismus der ukrainischen Selbstverteidigung geschwächt. Wenn militärische Hilfe wesentlich zum Fortbestand des ukrainischen Staates beitrug, wäre diese Alternative strategisch schlechter. Wenn der marginale deutsche Waffenbeitrag weitgehend durch andere Partner ersetzt worden wäre, hätte sie fiskalisch günstiger sein können.

51. Alternative C: Früher Waffenstillstand und Verhandlung

Ein früher Waffenstillstand hätte wahrscheinlich Menschenleben, Infrastruktur und Ressourcen gespart. Ob er langfristig besser gewesen wäre, hängt von Bedingungen ab, die heute nicht mehr beobachtbar sind: Welche Gebiete hätte die Ukraine dauerhaft aufgegeben? Welche Sicherheitsgarantien hätte Russland akzeptiert? Wäre der Waffenstillstand dauerhaft gewesen oder eine operative Pause für spätere Angriffe? Eine seriöse Folgenabschätzung darf den hypothetischen Frieden nicht als kostenlos und stabil unterstellen, aber ebenso wenig jede Verhandlungsmöglichkeit ex post als aussichtslos abtun.

52. Alternative D: Früher und stärker unterstützen

Die Gegenhypothese lautet, dass zögerliche und fragmentierte westliche Hilfe den Krieg verlängert habe. Frühe größere Lieferungen von Luftverteidigung, Munition, Panzern oder Flugzeugen hätten möglicherweise

günstigere ukrainische Operationen ermöglicht, bevor Russland seine Verteidigungen vertiefte. Wenn diese Hypothese stimmt, können höhere frühe Kosten geringere spätere Gesamtkosten erzeugt haben. Auch diese Behauptung ist gegenfaktisch und muss anhand militärischer Operationsgeschichte geprüft werden; sie darf nicht als Gewissheit behandelt werden.

53. Alternative E: Mehr europäische Lastenteilung

Für Deutschland ist Lastenteilung eine der offensichtlichsten Effizienzvariablen. Dieselbe ukrainische Fähigkeit kann für Deutschland billiger erzeugt werden, wenn EU- und NATO-Staaten nach Wirtschaftsleistung, Bevölkerungsgröße oder militärischer Kapazität proportional beitragen. Deutschlands Nutzen aus einem stabilen Europa ist hoch, aber nicht einzigartig. Unterversorgung durch Trittbrettfahrer erhöht den deutschen Preis pro Einheit gemeinsamer Sicherheit.

54. Alternative F: Russische Vermögenserträge stärker nutzen

Die zunehmende Verwendung von Erträgen immobilisierter russischer Vermögenswerte reduziert die fiskalische Belastung europäischer Steuerzahler und folgt dem Verursacherprinzip stärker als reine Zuschüsse. Rechtliche und finanzielle Risiken begrenzen den Zugriff auf den Kapitalstock. Innerhalb dieser Grenzen ist die Nutzung rechtssicher verfügbarer Erträge jedoch eine naheliegende Kostensenkungsstrategie. [S14][S15]

55. Alternative G: Mehr Verteidigung in Deutschland statt Hilfe in der Ukraine

Ein zusätzlicher Euro kann entweder in ukrainische Kampfkraft oder in deutsche beziehungsweise NATO-Fähigkeiten fließen. Die Wahl hängt von der Grenzwirkung ab. In der Ukraine kann Material unmittelbar russische Kräfte binden; in Deutschland schafft es längerfristig eigene Abschreckung. Je näher der Krieg einem eingefrorenen Zustand kommt und je höher die Grenzkosten weiterer ukrainischer Geländegewinne werden, desto wichtiger wird dieser Vergleich.

56. Alternative H: Konditionierte Unterstützung

Eine weitere Option ist, künftige Unterstützung stärker an überprüfbare Bedingungen zu knüpfen: Korruptionskontrolle, Beschaffungsreformen, Lastenteilung, konkrete militärische Ziele, Verhandlungsbereitschaft und Wiederaufbaureformen. Konditionalität kann die Wirkung pro Euro erhöhen, birgt aber das Risiko, im Krieg operative Handlungsfähigkeit zu verzögern. Für langfristige Budgethilfe und Wiederaufbau ist sie deutlich besser geeignet als für akut notwendige Munition.

TEIL IX – Quantitative Nutzen-Aufwand-Rechnung

57. Drei Kostenbasen statt einer Scheinzahl

Kostenbasis	Größenordnung	Was sie misst	Was sie nicht misst
A: Bundes-Unterstützungsrahmen	>100,9 Mrd. €	zivile + militärische bilaterale Unterstützung/Bindungen	keine reine Ist-Ausgabe, enthält Inlandsleistungen
B: enger realisierter Unterstützungsstand Ende 2025	grob 76 Mrd. € nach Kanzlerangaben	bis dahin Größenordnung militärisch + zivil	nicht vollständig konsolidiert; andere Abgrenzung
C: breiter Kriegsschock 2022–2024	≈445 Mrd. € IW	Gegenfaktual verlorene Wirtschaftsleistung	nicht der Politik Deutschlands kausal zurechenbar

Für die Sicherheits-Break-even-Rechnung sollte primär mit A beziehungsweise mit instrumentenspezifischen Ist-Kosten gearbeitet werden. C ist eine Stresstestgröße für die Frage, welchen gesamten deutschen Wohlstandseffekt ein günstigeres geopolitisches Gegenfaktum hätte vermeiden müssen.

57a. Vierte Kostenbasis: der sicherheitspolitische Strukturaufwuchs

Zur bisherigen Dreiteilung kommt eine vierte Kostenbasis hinzu: der seit 2022 ausgelöste oder massiv beschleunigte dauerhafte Sicherheitsaufwuchs Deutschlands. Als transparentes Bruttoband kann die Differenz zwischen der aktuellen Bundeswehr-Finanzplanung 2024–2030 und einem Vorkriegspfad verwendet werden. Auf Basis der veröffentlichten Haushaltswerte ergibt sich für 2024–2030 ein Bundeswehr-Ressourcenvolumen von rund 906 Mrd. Euro. Gegen einen aus 2021 fortgeschriebenen 2-%-Nominalwachstumspfad beträgt die Differenz rund 536 Mrd. Euro; gegen 4 % Wachstum rund 490 Mrd. Euro; gegen ein nominal konstantes Niveau rund 578 Mrd. Euro. Diese Zahlen sind weder reine Kriegskosten noch Nettowohlfahrtsverluste. Sie sind die Größenordnung des zusätzlichen militärischen Ressourcenaufwands, dessen Nutzen über Abschreckung, Bündnisverteidigung und Risikoreduktion gerechtfertigt werden muss.

Damit kann eine zusätzliche Break-even-Rechnung formuliert werden: Bei 500 Mrd. Euro zusätzlichem Sicherheitsaufwand müsste die Kombination aus Aufrüstung, Vornepräsenz, Resilienz und Ukraine-Unterstützung einen deutschen Erwartungsschaden von 1 Billion Euro um mindestens 50 Prozentpunkte reduzieren, einen Schaden von 2 Billionen Euro um 25 Punkte oder einen Schaden von 5 Billionen Euro um 10 Punkte. Bei 536 Mrd. Euro liegen die Schwellen entsprechend bei 53,6 %, 26,8 % und 10,7 %. Diese Rechnung behauptet keine dieser Wahrscheinlichkeiten; sie macht nur sichtbar, wie groß der Versicherungsnutzen sein müsste, damit die Größenordnung des Zusatzaufwands rational wird.

58. Direkte monetäre Rückflüsse

Rückfluss	Heute gesichert?	Größenordnung / Bewertung
Rückzahlung deutscher Zuschüsse durch Ukraine	Nein	kein allgemeiner Anspruch
Russische Reparationen an Deutschland	Nein	Reparations-/Schadensmechanismen zielen primär auf Ukraine
Erträge eingefrorener russischer Vermögen	indirekt teilweise	finanzieren Ukraine/G7-EU-Kredite; können künftige Geberlast mindern
Wiederaufbauaufträge deutscher Firmen	potentiell	Marktchancen, keine garantierte fiskalische Rendite
Steuern/Beiträge ukrainischer Beschäftigter in Deutschland	ja, teilweise	wachsende Erwerbstätigkeit; keine vollständige aggregierte Nettozahl
gesunkene russische Energieabhängigkeit	ja, strategisch	Versicherungs-/Resilienznutzen, nicht einfacher Cashflow

Das direkte Finanz-ROI ist damit klar: Es gibt keinen plausiblen Pfad, auf dem Deutschland seine bisherigen Unterstützungsaufwendungen einfach als Rückzahlung wieder erhält. Der deutsche Business Case ist ein Versicherungs- und Sicherheitsfall, kein Investitionsvertrag.

59. Sicherheitswert: Szenarien

Annahme für deutschen Schaden bei schlechtem Ausgang	Notwendige ΔP bei 100 Mrd. € Kosten	Interpretation
250 Mrd. €	40 Prozentpunkte	nur plausibel, wenn deutscher Beitrag sehr großen Unterschied macht
500 Mrd. €	20 Prozentpunkte	hohe kausale Wirksamkeit erforderlich
1 Billion €	10 Prozentpunkte	möglich bei sehr großem langfristigem Sicherheitsrisiko
2 Billionen €	5 Prozentpunkte	kleinerer Risikoeffekt genügt, aber sehr hoher Schadenswert nötig
4 Billionen €	2,5 Prozentpunkte	extremer Langzeitschaden; hohe Modellabhängigkeit

Diese Tabelle ist wichtiger als jeder Versuch, einen einzigen „Wert der Ukraine“ zu erfinden. Sie sagt exakt, was wahr sein müsste, damit 100 Milliarden Euro deutscher Aufwand sich allein sicherheitspolitisch rechnet. Politisch Streitende können unterschiedliche Annahmen wählen; die Beweislast wird dadurch sichtbar.

60. Was bedeutet Deutschlands Anteil an der westlichen Hilfe?

Ein theoretischer deutscher Sicherheitsnutzen kann nicht proportional zur gezahlten Summe unterstellt werden. Entscheidend ist die militärische Engpasswirkung. Liefert Deutschland ein System, das sonst niemand rechtzeitig ersetzen kann, kann sein marginaler Nutzen hoch sein. Finanziert Deutschland dagegen eine Leistung, die ein anderer Partner ohnehin erbracht hätte, ist der zusätzliche deutsche Nutzen gering. Eine quantitative Vollrechnung benötigt daher für jede große Waffen- und Finanzierungsentscheidung eine Additionalitätsquote – analog zum Mitnahmeeffekt einer Subvention.

61. Ein „Number Needed to Support“-Ansatz

Die medizinische Analogie lässt sich noch schärfer formulieren. In der Medizin fragt man, wie viele Patienten behandelt werden müssen, um ein Ereignis zu verhindern. Für die Ukraine-Politik könnte man fragen, wie viele Milliarden zusätzliche deutsche Unterstützung erforderlich sind, um die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Endpunkts – etwa Verlust einer Großstadt, Zusammenbruch der Luftverteidigung oder ungünstiger Waffenstillstand – um einen Prozentpunkt zu verringern. Eine solche Kennzahl existiert öffentlich nicht. Gerade ihre Abwesenheit zeigt, wie wenig die laufende Politik in absoluten Wirkungseinheiten evaluiert wird.

62. Sanktionen als Risiko-Reduktionsintervention

Dasselbe gilt für Sanktionen. Die relevante Kennzahl wäre nicht die Zahl der Sanktionspakete, sondern beispielsweise „deutsche reale Kosten pro ein Prozent Verringerung russischer militärischer Produktionskapazität“ oder „pro Prozentpunkt höhere Wahrscheinlichkeit eines günstigeren Verhandlungsausgangs“. Solange diese Größen nicht belastbar vorliegen, kann man Sanktionen nur über beobachtete Zwischenendpunkte und Szenarien bewerten.

63. Flüchtlingsaufnahme als Investitions- und Kostenstrom

Bei Schutzsuchenden ist eine andere Rechnung nötig: kumulierte Transfers und öffentliche Dienstleistungen minus Steuern, Sozialbeiträge, direkte Arbeitsmarktwertschöpfung und langfristige demografische Vorteile. Rückkehrer erzeugen zusätzlich Humankapital- und Netzwerkverbindungen zur Ukraine. Die heutige fiskalische Bilanz dürfte wegen der hohen Anfangskosten noch negativ sein; mit steigender Beschäftigung kann sie sich verbessern. Eine belastbare Lebenszeit-Nettobilanz ist 2026 naturgemäß noch nicht möglich.

TEIL X – Prüfung des zukünftigen Ambitionsniveaus

64. Versunkene Kosten sind kein Argument für weitere Kosten

Die bereits geleisteten Hilfen sind für die Entscheidung über die nächste Milliarde weitgehend versunkene Kosten. Politisch ist es verführerisch zu argumentieren, man müsse weiterzahlen, weil sonst die bisherigen Opfer „umsonst“ gewesen seien. Ökonomisch ist das ein Fehlschluss. Die nächste Milliarde ist nur dann sinnvoll, wenn ihr erwarteter zusätzlicher Nutzen heute größer ist als ihr zusätzlicher Aufwand. Dass Deutschland bereits 50 oder 100 Milliarden aufgewendet hat, erhöht den Grenznutzen der nächsten Milliarde nicht automatisch.

65. Welche militärische Hilfe ist am ehesten rational?

Am robustesten sind Maßnahmen, die einen klaren Engpass beheben, dessen militärischer Endpunkt plausibel und kurzfristig ist: Luftverteidigung gegen Angriffe auf Energie- und Zivilinfrastruktur, Munition bei nachweisbarer Knappheit, Reparatur und Ersatzteile für bereits eingeführte Systeme sowie Aufklärung, die konkrete Angriffe verhindert. Schwächer ist die ökonomische Begründung für teure Systeme, deren marginale operative Wirkung klein, substituierbar oder primär symbolisch ist. Diese Rangfolge ist nicht moralisch, sondern folgt dem Grenznutzenprinzip.

66. Budgethilfe und Wiederaufbau

Bei Budgethilfe und Wiederaufbau sollte die deutsche Politik stärker zwischen Notstabilisierung und langfristiger Investition unterscheiden. Kurzfristige Haushaltsunterstützung kann einen Staatskollaps verhindern; langfristige Milliarden sollten stärker über Kredite, Garantien, EU-Instrumente, russische Vermögenserträge und private Investitionen strukturiert werden. Je weiter sich die Situation vom akuten Kriegsnotfall entfernt, desto höher muss der Anteil rückzahlbarer oder konditionierter Instrumente sein.

67. Sanktionen nur mit marginalem Wirkungsnachweis verschärfen

Weitere Sanktionen sollten nicht nach dem Prinzip „noch ein Paket“ beschlossen werden, sondern anhand einer klaren Wirkungsannahme: Welcher konkrete russische Engpass soll entstehen, wie schnell, mit welcher Umgehungswahrscheinlichkeit und zu welchen europäischen Kosten? Maßnahmen mit hoher Umgehung und hohen Selbstkosten sollten ersetzt werden. Technologie- und Dual-Use-Kontrollen können effizienter sein als pauschale Handelsverbote, wenn sie militärische Engpässe präziser treffen.

68. Deutsche Sicherheit darf nicht vollständig nach Kyiv ausgelagert werden

Selbst wenn die Unterstützung der Ukraine sicherheitspolitisch sinnvoll ist, ersetzt sie keine eigene deutsche Verteidigungsfähigkeit. Eine Strategie, die Milliarden nach außen transferiert und gleichzeitig bei Munition, Luftverteidigung, Personal oder Infrastruktur im Inland Defizite lässt, kann ein schlechtes Portfolio sein. Die Grenzentscheidung sollte daher regelmäßig zwischen „eine weitere Milliarde Ukraine“ und „eine weitere Milliarde deutsche/NATO-Abschreckung“ getroffen werden.

69. Verhandlung und Abschreckung sind keine Gegensätze

Eine Nutzen-Aufwand-Politik darf Diplomatie nicht als moralischen Gegenpol zu militärischer Unterstützung behandeln. Militärische Hilfe kann die Verhandlungsposition verbessern; Verhandlungen können den Grenznutzen weiterer militärischer Ausgaben erhöhen oder senken. Ziel sollte nicht ein unbegrenzter Ressourceneinsatz, sondern ein tragfähiger Sicherheitszustand sein, dessen erwartete Gesamtkosten niedriger sind als die Alternativen.

TEIL X A – Bedrohungsrisiko, Vorgeschichte und strategische Angemessenheit

69a. Welche Krankheit soll die Aufrüstung eigentlich verhindern?

Die medizinische Analogie verlangt zuerst eine saubere Diagnose. Eine Verteidigungsausgabe ist nicht schon deshalb nützlich, weil ein potentieller Gegner existiert. Sie ist nützlich, wenn sie die Wahrscheinlichkeit oder den Schaden eines konkret definierten Sicherheitsereignisses reduziert. Für Deutschland müssen deshalb mindestens vier verschiedene Gefahren getrennt werden: ein bewusst begonnener konventioneller Angriff auf deutsches Staatsgebiet; ein begrenzter militärischer oder verdeckter Test der NATO-Ostflanke, der Deutschland über Artikel 5 hineinziehen könnte; hybride Angriffe wie Sabotage, Cyberoperationen und Spionage; sowie die Eskalation eines bereits begonnenen NATO-Russland-Konflikts bis hin zum Nukleareinsatz. Diese Ereignisse besitzen völlig unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten und verlangen unterschiedliche Gegenmittel. Wer sie zu einer einzigen Formel „Russland bedroht uns“ zusammenzieht, kann weder die richtige Dosis noch die Kostenwirksamkeit der Reaktion bestimmen.

69b. Historischer Ausgangspunkt: Hat Russland die Bundesrepublik oder einen NATO-Staat angegriffen?

Für die Basisrate ist zunächst ein schlichter Befund relevant: Die Bundesrepublik Deutschland ist seit ihrer Gründung weder von der Sowjetunion noch von der Russischen Föderation konventionell angegriffen worden. Ebenso hat Russland seit Bestehen der NATO keinen offenen konventionellen Angriff auf das Bündnisgebiet begonnen. Das ist keine Garantie für die Zukunft, aber eine wichtige Basisrate. Dem steht ein ebenso wichtiger Gegenbefund gegenüber: Russland hat gegen Nicht-NATO-Nachbarn militärische Gewalt eingesetzt, insbesondere gegen Georgien 2008 und gegen die Ukraine seit 2014 beziehungsweise in voller Invasionsform seit 2022. Die richtige Schlussfolgerung lautet daher weder „Russland greift niemals an“ noch „Deutschland ist als Nächstes dran“, sondern: Russlands Bereitschaft zu militärischer Gewalt ist belegt, die Bereitschaft zu einem Angriff auf ein kollektiv verteidigtes NATO-Land dagegen bislang nicht.

69c. Russische Absichtserklärungen: relevant, aber kein Beweis

Russlands Führung hat wiederholt erklärt, keinen Angriff auf NATO-Staaten zu planen. Putin bezeichnete im März 2024 die Vorstellung eines Angriffs auf Polen, die baltischen Staaten oder Tschechien als „complete nonsense“ und erklärte, Russland habe gegenüber diesen Staaten keine aggressiven Absichten. [S53] Solche Aussagen müssen in einer Wahrscheinlichkeitsschätzung berücksichtigt werden, dürfen aber nicht als Garantie behandelt werden. Staaten können täuschen, Absichten können sich ändern, und russische Kommunikation vor früheren Eskalationen begrenzt den Beweiswert bloßer Erklärungen. Der angemessene Effekt ist deshalb nicht, das Angriffsrisiko auf null zu setzen, sondern die These eines unmittelbar bevorstehenden, bereits feststehenden NATO-Angriffs als nicht belegt zu behandeln.

69d. Fähigkeit ist nicht Absicht - und Möglichkeit ist nicht Wahrscheinlichkeit

Deutsche Sicherheitsbehörden und die Bundeswehr formulieren ihre Warnungen selbst vorsichtiger als manche politische Kommunikation. Generalinspekteur Carsten Breuer erklärt, Russland könne ab etwa 2029 zu einem großangelegten Angriff gegen NATO-Gebiet fähig sein, fügt aber ausdrücklich hinzu, er sage nicht, dass dieser Angriff automatisch stattfinden werde. [S55] Der damalige BND-Präsident Bruno Kahl warnte 2025 vor russischen Überlegungen, Artikel 5 mit einem begrenzten Szenario zu testen, etwa durch verdeckte Kräfte im Baltikum. [S54] Bundeskanzler Merz erklärte zugleich 2025, Russland sei nicht stark genug, die NATO als Ganzes anzugreifen; die offene Frage sei ein möglicher Test der Verteidigungsbereitschaft. [S56] Diese

Aussagen beschreiben ein reales Vorsorgeproblem. Sie belegen aber keinen zweistelligen Eintrittswert eines russischen Angriffs. Eine Armeeplanung, die aus „kann ab 2029“ unmittelbar „wird mit hoher Wahrscheinlichkeit“ macht, verwechselt Fähigkeit, Absicht und Risiko.

69e. 1990: Gab es das Versprechen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern?

Die häufige Behauptung, es habe „nie“ westliche Zusagen zur NATO-Osterweiterung gegeben, ist mit den freigegebenen Gesprächsprotokollen nicht haltbar. Im Kontext der deutschen Einheit versicherten mehrere westliche Politiker der sowjetischen Führung, sowjetische Sicherheitsinteressen würden geschützt; US-Außenminister James Baker verwendete gegenüber Gorbatschow die berühmte Formulierung, die NATO-Jurisdiktion werde sich „not one inch eastward“ bewegen. Auch Genscher und Kohl äußerten weitergehende politische Zusicherungen. [S48] Ebenso wichtig ist die Gegenseite: Diese Äußerungen wurden nicht in einen völkerrechtlichen Vertrag überführt, der eine spätere Aufnahme Polens, der baltischen Staaten oder anderer mittel- und osteuropäischer Länder generell verboten hätte. Rechtslage und politische Erwartung sind deshalb auseinanderzuhalten. Russland kann plausibel geltend machen, sich politisch getäuscht oder sicherheitspolitisch übergangen gefühlt zu haben; daraus folgt kein russisches Vetorecht über die Bündniswahl souveräner Staaten.

69f. 2008: Die Ukraine-Perspektive wurde ausdrücklich geöffnet

Für die russische Bedrohungswahrnehmung ist der NATO-Gipfel von Bukarest 2008 ein wesentlich klarerer Einschnitt als die Debatte über 1990. Die NATO erklärte dort ausdrücklich, dass Ukraine und Georgien Mitglieder des Bündnisses werden würden. [S49] Ein konkreter Beitrittstermin wurde nicht festgelegt, und die Ukraine erhielt damals keinen Membership Action Plan. Dennoch war die strategische Richtung offiziell dokumentiert. Wer die Vorgeschichte des Krieges bewertet, kann diesen Schritt nicht als russische Erfindung abtun. Ebenso wenig folgt daraus ein Recht Russlands, die außenpolitische Entscheidung der Ukraine militärisch zu verhindern. Für die Nutzen-Risiko-Rechnung ist der Punkt ein anderer: Die Eskalation entwickelte sich in einem klassischen Sicherheitsdilemma, in dem die eine Seite ihre Bündniserweiterung als defensive Ordnungspolitik und die andere sie als Annäherung eines gegnerischen Militärbündnisses wahrnahm.

69g. 2014: „Maidan-Putsch“ oder demokratische Revolution?

Eine belastbare Folgenabschätzung sollte auch hier keine politische Chiffre an die Stelle des Sachverhalts setzen. Viktor Yanukovych war 2010 in einer freien Wahl Präsident geworden. Nach der Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens folgten monatelange Massenproteste, schwere Gewalt und mehr als hundert Tote. Yanukovych unterzeichnete am 21. Februar 2014 noch eine von europäischen Außenministern vermittelte Vereinbarung, verließ Kyiv und floh später nach Russland. Das Parlament setzte eine neue Übergangsführung ein. Chatham House und Brookings weisen darauf hin, dass die Verfassung für einen Präsidenten, der seine Amtsausübung faktisch verlässt, keinen klaren Mechanismus vorsah und die damaligen Schritte nicht jeden verfassungsrechtlichen Verfahrenspunkt erfüllten. [S50][S51] Die Bezeichnung „Putsch“ beschreibt damit eine reale revolutionäre und verfassungsrechtlich irreguläre Machtzäsur, ist als alleinige Tatsachenbeschreibung aber zu grob, weil wenige Monate später eine Präsidentschaftswahl stattfand, die die OSZE als genuine und weitgehend im Einklang mit internationalen Verpflichtungen bewertete. [S52] Für die russische Wahrnehmung war 2014 dennoch ein strategischer Regimewechsel zugunsten einer Westorientierung; für viele Ukrainer war es die Revolution der Würde. Beide Wahrnehmungen gehören in die Ursachenanalyse.

69h. Minsk und die verlorene Deeskalationsphase

Zwischen 2014 und 2022 existierte mit Minsk I und Minsk II ein politischer Rahmen, der den Donbas-Konflikt eindämmen und die Gebiete perspektivisch wieder in die Ukraine integrieren sollte. Die Vereinbarungen wurden nie vollständig umgesetzt. Sicherheitsbestimmungen, Waffenstillstand, politische Sonderstatusregeln, Wahlen und Grenzkontrolle blieben in einer wechselseitigen Sequenzierungsfalle stecken. [S61][S62] Für die deutsche Folgenabschätzung ist das deshalb wichtig, weil es zeigt, dass der Krieg nicht aus einem historischen Vakuum im Februar 2022 entstand. Diplomatische Alternativen existierten, scheiterten aber. Daraus folgt weder, dass ein Frieden 2022 leicht verfügbar gewesen wäre, noch dass Diplomatie grundsätzlich wirkungslos war. Es folgt vielmehr, dass die heutige Aufrüstung auch gegen das Gegenfaktum einer dauerhaft institutionell abgesicherten europäischen Sicherheitsordnung geprüft werden muss.

69i. Die nukleare Realität: Russland „besiegen“ ist das falsche deutsche Ziel

Russland ist eine nukleare Großmacht. Daraus folgt eine strategische Grenze, die in einer nüchternen Nutzenrechnung zentral ist: Ein deutscher oder europäischer Plan, Russland in einem totalen Krieg militärisch niederzuwerfen, zu besetzen oder zu einem existentiellen Zusammenbruch zu zwingen, wäre wegen der nuklearen Eskalationsgefahr kein vernünftiger Endpunkt. In diesem Sinn ist der Satz richtig, dass Deutschland Russland nicht „besiegen“ kann, wenn damit ein totaler Sieg über den russischen Staat gemeint ist. Daraus folgt aber nicht, dass konventionelle Verteidigung sinnlos wäre. Konventionelle Kräfte können begrenzte Angriffe abwehren, Gelände verteidigen, Erpressung erschweren und damit gerade verhindern, dass frühzeitig die nukleare Schwelle relevant wird. Der rationale Zweck deutscher Streitkräfte ist daher Abschreckung und Verweigerung eines schnellen Erfolgs - nicht Eroberung oder Vernichtung Russlands.

69j. „Stärkste konventionelle Armee Europas“: Endpunkt oder Prestigeindikator?

Die Bundesregierung hat das Ziel ausgegeben, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen. [S60] Aus einer Nutzen-Risiko-Perspektive ist eine Rangposition jedoch kein Endnutzen. Auf Nachfrage erklärte die Bundesregierung 2025 sogar, Referenzpunkt sei nicht die russische Armee, sondern der Vergleich mit europäischen Partnern; einen konkreten Referenzpunkt gebe es nicht. [S64] Das ist analytisch bemerkenswert: Wenn die politische Begründung primär die russische Bedrohung ist, die Zielgröße aber als Rang gegenüber Verbündeten definiert wird, fehlt die direkte Dosis-Wirkungs-Beziehung. Der richtige Maßstab wäre nicht Platz eins in Europa, sondern die kleinste Fähigkeitenkombination, die gemeinsam mit NATO-Partnern einen relevanten Angriff mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern lässt.

69k. Eigene Risikoschätzung: eine transparente Arbeitsannahme statt Alarmformel

Öffentlich existiert keine belastbare deutsche Geheimdienstzahl nach dem Muster „Russland greift Deutschland bis 2036 mit x Prozent Wahrscheinlichkeit an“. Um dennoch eine Erwartungsrechnung zu ermöglichen, legt diese Evaluation ein transparentes Arbeitsband fest. Es ist bewusst revisionsoffen und keine Tatsachenbehauptung. Für einen absichtlich begonnenen konventionellen Angriff Russlands auf deutsches Staatsgebiet innerhalb der kommenden zehn Jahre wird ein Bereich von 0,5 bis 2 % angesetzt, Zentralwert 1 %. Für einen begrenzten russischen militärischen oder verdeckten Test eines östlichen NATO-Mitglieds wird 2 bis 5 %, Zentralwert 3 %, angesetzt. Hybride Angriffe werden nicht mehr als bloß hypothetisch behandelt, weil Cyber-, Sabotage-, Spionage- und Desinformationsaktivitäten bereits stattfinden. [S47] Ein russischer Nuklearangriff auf Deutschland außerhalb eines bereits laufenden NATO-Russland-Krieges wird als extrem unwahrscheinlich eingestuft; innerhalb eines eskalierenden Großkriegs steigt das Risiko dagegen stark und ist gerade ein Grund, einen solchen Krieg zu verhindern.

69l. Risikomatrix 2026–2036 und Konsequenz für die Aufrüstung

Die folgende Matrix ist keine Geheimdienstprognose, sondern der zentrale quantitative Arbeitsansatz dieser Evaluation. Sie übersetzt die zuvor getrennten Evidenzbausteine in Wahrscheinlichkeitsbereiche, damit überhaupt eine Nutzen-Aufwand-Rechnung möglich wird. Entscheidend ist die Sensitivität: Wer höhere Risiken annimmt, kann die Tabelle mit diesen Werten neu rechnen.

Sicherheitsereignis	10-Jahres-Arbeitsband	Zentralwert	Bewertung
Direkter konventioneller Angriff auf Deutschland	0,5–2 %	1 %	Sehr niedrig; NATO-Abschreckung, Geografie und fehlender historischer Präzedenzfall senken das Risiko, Ukraine/Georgien zeigen aber Gewaltbereitschaft außerhalb der NATO.
Begrenzter Test der NATO-Ostflanke	2–5 %	3 %	Niedrig, aber materiell; BND warnt vor möglichem Artikel-5-Test, Bundeswehr vor künftig wachsender Fähigkeit.
Schwere hybride Angriffe auf Deutschland	bereits eingetreten / laufend	kein reines Zukunftsrisiko	Hohe Relevanz; verlangt Cyber-, KRITIS-, Nachrichtendienst- und Sabotageabwehr, nicht automatisch einen proportionalen Panzer- oder Personalaufwuchs.
Nuklearangriff ohne vorherigen NATO-Russland-Großkrieg	<0,1 %	sehr nahe null	Extrem niedrige Basiswahrscheinlichkeit; im Eskalationsfall eines direkten Großkriegs jedoch katastrophal höher.

69m. Die konkrete Break-even-Rechnung: Wie viel Risiko müsste die Aufrüstung wirklich beseitigen?

Der zusätzliche Bundeswehr-Ressourcenansatz 2024–2030 liegt gegenüber dem im Bericht verwendeten 2-%-Vorkriegspfad bei rund 536 Mrd. Euro. [S33][S40][S41][S42] Für eine Sicherheitsintervention ist dieser Betrag nicht „verlorenes Geld“, aber er ist realer Ressourceneinsatz: Arbeitskräfte, Kapital, Material und Steuer- oder Kreditspielraum stehen für andere Zwecke nicht gleichzeitig zur Verfügung. Sein Nutzen ist die erzeugte Verteidigungsleistung. Deshalb darf der gesamte Zusatzblock dem erwarteten Sicherheitsnutzen gegenübergestellt werden. Nimmt man illustrativ einen deutschen Gesamtschaden von 3 Billionen Euro für einen großen NATO-Russland-Krieg an, müsste die Aufrüstung die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Schadens um 17,9 Prozentpunkte reduzieren, um allein über diesen Endpunkt Break-even zu erreichen. Bei 5 Billionen Euro Schaden wären immer noch 10,7 Prozentpunkte nötig. Diese Schwellen liegen deutlich oberhalb des hier aus der öffentlichen Evidenz abgeleiteten 1-%-Zentralwerts für einen direkten Angriff auf Deutschland und oberhalb des 3-%-Zentralwerts für einen begrenzten NATO-Test. Rein arithmetisch kann die heutige Größenordnung daher nicht allein mit diesen Risiken begründet werden.

Zusatzaufwand	Schaden 1 Bio. €	Schaden 3 Bio. €	Schaden 5 Bio. €	Einordnung
134 Mrd. € (25 % des Bruttoblocks)	13,4 Pp.	4,5 Pp.	2,7 Pp.	selbst sehr niedrige Nettokostenannahme benötigt relevante Risikoreduktion
268 Mrd. € (50 %)	26,8 Pp.	8,9 Pp.	5,4 Pp.	mittlere Sensitivität
402 Mrd. € (75 %)	40,2 Pp.	13,4 Pp.	8,0 Pp.	hohe Nettokostenannahme
536 Mrd. € Brutto-Ressourcenaufwuchs	53,6 Pp.	17,9 Pp.	10,7 Pp.	gesamter zusätzliche Ressourcenblock

Noch anschaulicher ist die Obergrenzenrechnung. Bei einem direkten Angriffsrisiko von 1 % und einem unterstellten deutschen Gesamtschaden von 3 Billionen Euro beträgt der gesamte heutige Erwartungsschaden 30 Mrd. Euro. Selbst eine hypothetisch perfekte Aufrüstung, die dieses Risiko vollständig auf null senkte, könnte unter diesen Annahmen also höchstens 30 Mrd. Euro Nutzen erzeugen. Beim 3%-Zentralwert eines begrenzten NATO-Tests und derselben extrem hohen deutschen Schadensannahme wären es 90 Mrd. Euro. Beide Beträge liegen weit unter 536 Mrd. Euro zusätzlicher Bundeswehr-Ressourcenmobilisierung und auch unter einer mittleren Opportunitätskostenannahme von 268 Mrd. Euro. Das Ergebnis ändert sich erst, wenn entweder das Ausgangsrisiko sehr viel höher als die öffentlich ableitbaren Werte angesetzt wird, ein wesentlich größerer deutscher Schadenswert unterstellt wird oder große zusätzliche Nutzenposten - etwa europäische Eigenständigkeit bei einem massiven Rückzug der USA - hinzukommen.

69n. Sozialstaat, Schulden und Opportunitätskosten: was tatsächlich belegt ist

Die politische Aussage, die Aufrüstung führe bereits nachweisbar zu „riesigen Kürzungen im Sozialbereich“, wäre in dieser Pauschalität zu stark. Der Bundesetat für Arbeit und Soziales steigt im Regierungsentwurf 2027 nominal von rund 197,34 auf 201,46 Mrd. Euro. [S58] Gleichzeitig ist die Prioritätenverschiebung real: Der Verteidigungshaushalt wächst außergewöhnlich schnell, alle Ministerien mussten für 2027 ein Einsparziel von 1 % umsetzen, Sicherheitsbehörden sind von bestimmten Personalabbauregeln ausgenommen, und der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung soll um 1 Mrd. Euro reduziert werden. [S57][S59] Das BMF erklärt ausdrücklich, dass der starke Verteidigungsaufwuchs die Nettokreditaufnahme erhöht. [S57] Die ökonomisch präzisere Kritik lautet deshalb nicht „jeder Panzer wird direkt vom Bürgergeld abgezogen“, sondern: Hunderte Milliarden zusätzlicher militärischer Ressourceneinsatz erzeugen reale Opportunitätskosten und verschärfen den Druck auf Steuern, Verschuldung, Zinsen und andere Haushaltsbereiche. Jeder zusätzliche Euro kann nicht gleichzeitig für Infrastruktur, Bildung, Pflege, Steuersenkung oder Schuldentilgung verwendet werden.

69o. Welche Sicherheitsstrategie besteht den Nutzen-Aufwand-Test?

Aus dieser Rechnung folgt keine Wehrlosigkeitsstrategie. Im Gegenteil: Bei einem niedrigen, aber nicht nullen konventionellen Risiko und einem bereits realisierten hybriden Risiko ist eine gezielte Abschreckungs- und Resilienzpolitik rational. Das beste Nutzen-Aufwand-Profil besitzen Fähigkeiten, die mehrere plausible Szenarien zugleich abdecken: Luft- und Raketenabwehr, Munition und Ersatzteile, mobile Kräfte für die NATO-Ostflanke, Aufklärung, Cyber- und Sabotageabwehr, KRITIS-Schutz, zivile Notfallvorsorge, sichere Logistik, Reserve und schnelle Verstärkung. Ebenso wichtig sind militärische Kommunikationskanäle, Rüstungskontrolle und Diplomatie, weil der größte denkbare Schaden - ein direkter NATO-Russland-Krieg mit nuklearem Eskalationsrisiko - gerade nicht „gewonnen“, sondern verhindert werden muss. Weniger belastbar ist ein offenes Ausgabenziel, das sich an Prozentquoten oder einer europäischen Rangposition orientiert, ohne den zusätzlichen Risikoabbau jeder Stufe zu zeigen. Das konkrete Urteil dieser Evaluation lautet daher: Eine substanzielle Verbesserung der deutschen Verteidigungsfähigkeit nach Jahren dokumentierter Defizite ist plausibel und teilweise überfällig. Die derzeit geplante Größenordnung des dauerhaften Aufwuchses bis in die Größenordnung von 180 Mrd. Euro Verteidigungsetat pro Jahr ist auf Basis der öffentlich belegbaren Russland-Risiken jedoch nicht allein durch das Szenario eines russischen Angriffs auf Deutschland oder eines begrenzten NATO-Tests gerechtfertigt. Sie wirkt in dieser engen Bedrohungsrechnung überdimensioniert. Soll sie dennoch rational sein, muss die Bundesregierung zusätzliche Endnutzen quantifizieren - insbesondere die Kosten eines möglichen amerikanischen Rückzugs aus Europas Sicherheit, konkrete NATO-Fähigkeitslücken und den Beitrag jeder deutschen Mehrausgabe zu deren Schließung. Ohne einen solchen Nachweis wird aus Versicherung Überversicherung: sehr hohe laufende Prämien für ein Ereignis, dessen öffentlich begründbare Eintrittswahrscheinlichkeit wesentlich niedriger liegt als die zur finanziellen Rechtfertigung erforderliche Risikoreduktion.

TEIL XI – Gesamturteil

70. Was ist sicher?

Sicher ist erstens, dass Deutschland seit 2022 außergewöhnlich große Ressourcen mobilisiert hat. Der bilaterale Bundesrahmen liegt Mitte 2026 bei mehr als 100 Milliarden Euro aus ziviler und militärischer Unterstützung beziehungsweise Verpflichtungen. Sicher ist zweitens, dass Deutschland zusätzlich einen erheblichen wirtschaftlichen Kriegsschock erlitten hat, dessen Gegenfaktualschätzungen für 2022 bis 2024 in die hunderte Milliarden gehen. Sicher ist drittens, dass Deutschland keine territoriale oder vertraglich gesicherte finanzielle Gegenleistung erhält. Sicher ist viertens, dass die Ukraine als souveräner Staat weiterbesteht, Russland aber weiterhin rund ein Fünftel ihres Territoriums kontrolliert. [S01][S17][S20]

71. Was ist plausibel, aber nicht gemessen?

Plausibel ist, dass deutsche und westliche Hilfe die ukrainische Verteidigungsfähigkeit erheblich erhöht und damit einen russischen Sieg oder eine deutlich schlechtere ukrainische Verhandlungsposition unwahrscheinlicher gemacht hat. Plausibel ist ebenfalls, dass eine unterworfenen Ukraine die Sicherheitskosten Europas erhöht hätte. Nicht gemessen ist jedoch der marginale deutsche Anteil an dieser Risikoreduktion. Genau an dieser Stelle entscheidet sich der ökonomische Nutzen.

72. Was ist kein Nutzenbeweis?

Kein Nutzenbeweis ist die bloße Summe gelieferter Waffen, die Zahl der Sanktionspakete, die Höhe der Hilfen, die Aufnahmezahl von Flüchtlingen oder die Tatsache, dass Russland wirtschaftliche Kosten trägt. Dies sind Prozess- und Zwischenendpunkte. Der Endnutzen entsteht nur, wenn dadurch ein relevanter schlechterer Zustand tatsächlich weniger wahrscheinlich wird oder ein realer positiver Zustand entsteht.

73. Was hat Deutschland unmittelbar davon?

Unmittelbar erhält Deutschland vor allem vier Dinge: eine geringere Abhängigkeit von russischer Energie, zusätzliche militärische und industrielle Fähigkeiten durch die Zeitenwende, potentielle Arbeitskräfte und wirtschaftliche Verbindungen durch die ukrainische Migration sowie eine stärkere Rolle in der europäischen Sicherheitsordnung. Hinzu kommen mögliche spätere Geschäfts- und Steuererträge aus dem Wiederaufbau. Diese Vorteile sind real oder plausibel, aber sie sind kleiner und heterogener als die einfache Vorstellung eines finanziellen „Return on Investment“.

74. Was bekommt Deutschland nicht?

Deutschland bekommt keine ukrainischen Gebiete, keine russischen Gebiete, keine automatische Rückzahlung seiner Zuschüsse und keine garantierten Wiederaufbaugewinne. Die Nutzung russischer Vermögenserträge kann künftige Kosten reduzieren, ersetzt aber bisherige deutsche Ausgaben nicht automatisch. Wer die Politik als „Investition“ bezeichnet, muss deshalb klar sagen: Die Rendite ist Sicherheit und politische Ordnung, nicht ein späterer Scheck aus Kyiv oder Moskau.

75. Der entscheidende Break-even

Wenn man für den deutschen Unterstützungsrahmen grob 100 Milliarden Euro als Größenordnung ansetzt, muss der erwartete zusätzliche Sicherheitsnutzen mindestens dieselbe Größenordnung erreichen. Bei einem angenommenen deutschen Schaden von 500 Milliarden Euro im Fall eines deutlich schlechteren geopolitischen Ausgangs müsste Deutschlands Beitrag dessen Wahrscheinlichkeit um rund 20 Prozentpunkte reduzieren. Bei einem Schaden von einer Billion Euro wären zehn Prozentpunkte nötig, bei zwei Billionen fünf.

Wer die Unterstützung für eindeutig rentabel hält, muss implizit mindestens eine solche Kombination glauben. Wer sie für eindeutig irrational hält, muss entweder einen deutlich kleineren möglichen Schaden oder einen sehr geringen marginalen deutschen Einfluss annehmen.

76. Konkretes Netto-Urteil

Eine rein finanzielle Nutzenrechnung fällt klar negativ aus: Deutschland erhält weder Territorium noch einen allgemeinen Rückzahlungsstrom, während direkte Unterstützungs- und Folgekosten erheblich sind. Der zentrale Rechtfertigungsgrund ist Sicherheit. Nach der nun vorgenommenen Risikokalibrierung reicht dieser Sicherheitsnutzen jedoch nicht aus, um die gesamte Größenordnung der aktuellen Aufrüstung allein mit der Gefahr eines russischen Angriffs zu erklären. Bei einem Zehnjahres-Zentralwert von 1 % für einen direkten konventionellen Angriff auf Deutschland und 3 % für einen begrenzten NATO-Test ist der maximal vermeidbare Erwartungsschaden selbst bei sehr hohen Schadensannahmen kleiner als der zusätzliche Ressourcenaufwuchs. Die Beweislast kehrt sich damit um: Nicht der Kritiker muss zeigen, dass Russland „niemals“ angreift; der Staat muss zeigen, weshalb ein Ausgabenpfad von über 150 bis 180 Mrd. Euro jährlich einen zusätzlichen Sicherheitsnutzen erzeugt, der seine Opportunitätskosten übersteigt.

Der praktische Schluss ist deshalb konkreter als zuvor. Direkte ukrainische Hilfe sollte auf klar zusätzliche militärische und humanitäre Endpunkte konzentriert und fortlaufend gegen Verhandlungsmöglichkeiten und Lastenteilung geprüft werden. Für Deutschland selbst ist ein fokussierter Ausbau von Luftverteidigung, Munitionsreserven, Cyber- und KRITIS-Schutz, Aufklärung, Ostflanken-Verstärkung und Zivilschutz gut begründbar. Nicht begründbar ist dagegen eine offene Logik „mehr ist sicherer“, solange die zusätzliche Risikoreduktion nicht gezeigt wird. Das Ziel, die stärkste konventionelle Armee Europas zu werden, ist als politische Rangposition kein Nutzenbeweis.

Abschließende Formel: Netto-Nutzen Deutschlands = erwarteter vermiedener Sicherheits- und Ordnungsverlust + humanitärer Nutzen + Resilienz- und Bündnisnutzen + realisierte wirtschaftliche Rückflüsse – reale Ressourcen- und Haushaltskosten – kriegs-/politikbedingte Zusatzschäden – Eskalations- und Opportunitätskosten. Der dominante unbekannte Term ist die durch Deutschlands Beitrag verursachte Verringerung des Sicherheitsrisikos.

76a. Erweitertes Netto-Urteil: Die Aufrüstung ist in der engen Russland-Risikorechnung überdimensioniert

Sobald der Untersuchungsgegenstand auf den gesamten seit 2022 ausgelösten deutschen Sicherheitskomplex erweitert wird, dominiert nicht mehr die Hilfe an Kyiv, sondern der dauerhafte Umbau des deutschen Staates. Gegenüber einem moderat fortgeschriebenen Vorkriegspfad werden bis 2030 rund 536 Mrd. Euro zusätzliche Bundeswehr-Ressourcen mobilisiert. Hinzu kommen Zivil-, Cyber-, KRITIS-, Personal-, Infrastruktur- und Finanzierungseffekte. Dieser Aufwand schafft reale militärische Fähigkeiten, ist also kein „verbranntes Geld“. Gerade deshalb muss sein Nutzen als Sicherheitsleistung bewertet werden.

Die quantitative Prüfung kommt nun zu einem Ergebnis. Bei der zentralen Arbeitsannahme eines 1-%-Zehnjahresrisikos für einen direkten Angriff auf Deutschland und einem hypothetischen deutschen Kriegsschaden von 3 Billionen Euro beträgt der gesamte Erwartungsschaden nur rund 30 Mrd. Euro. Selbst eine perfekte Verringerung auf null könnte also höchstens 30 Mrd. Euro Nutzen erzeugen. Für einen begrenzten NATO-Test mit 3 % Zentralwert wären es bei derselben Schadensannahme 90 Mrd. Euro. Dem steht ein militärischer Zusatz-Ressourcenblock von rund 536 Mrd. Euro gegenüber. Um diesen bei 3 Billionen Euro Schaden zu tragen, wäre eine Risikoreduktion von 17,9 Prozentpunkten erforderlich - mehr als das hier angesetzte Ausgangsrisiko. Der direkte Russland-Angriffsfall trägt den Aufwuchs damit rechnerisch nicht. Die Aufrüstung kann dennoch zusätzliche, nicht in dieser engen Rechnung enthaltene Vorteile besitzen: Ausgleich eines amerikanischen Rückzugs, Schließung realer NATO-Fähigkeitslücken, industrielle

Mobilisierungsfähigkeit, Bündnisglaubwürdigkeit und Schutz gegen hybride Gefahren. Diese Nutzen sind aber gesonderte Behauptungen und müssen quantifiziert werden. Auf Basis der öffentlich verfügbaren Bedrohungslage lautet das Netto-Urteil deshalb: Nachholung konkreter Fähigkeitslücken ja; robuste Abschreckung ja; ein unbegrenzter Aufwuchs auf Basis von Prozent- und Rangzielen nein, solange sein marginaler Sicherheitsnutzen nicht nachgewiesen wird. In der medizinischen Analogie ist eine Grundimmunisierung plausibel - die fortlaufende Dosiserhöhung ohne steigenden Endnutzen nicht.

TEIL XII – Rechenblätter und Szenarien

77. Rechenblatt: direkte Bundesunterstützung

Position	Wert	Bewertung
Zivile bilaterale Unterstützung bis 30.06.2026	>43,3 Mrd. €	enthält Inlands-/Flüchtlingsausgaben
Militärische Unterstützung bereitgestellt/gebunden	≈57,6 Mrd. €	enthält künftige Mittel
Summe	>100,9 Mrd. €	politischer Unterstützungsrahmen, keine reine Ist-Kasse

78. Rechenblatt: Flüchtlinge

Jahr / Größe	Wert	Hinweis
Bund 2022	≈5,5 Mrd. €	spezifische Ukraine-Flüchtlingskosten
Bund 2023	≈8,8 Mrd. €	spezifische Ukraine-Flüchtlingskosten
Bürgergeld 2024	≈6,3 Mrd. €	nur ein Teil des Gesamtaufwands
jährliche Größenordnung laut BMF-Beirat	bis ≈9 Mrd. €	inkl. etwa 6 Mrd. € Grundsicherung
Schutzsuchende Ende 2025	≈1,164 Mio.	Destatis

79. Rechenblatt: Makroökonomischer Kriegsschock

Jahr	IW geschätzte entgangene Wirtschaftsleistung
2022	≈100 Mrd. €
2023	≈145 Mrd. €
2024	≈200 Mrd. €
2022–2024	≈445 Mrd. €

Diese Werte dürfen nicht als kausale Kosten deutscher Unterstützung interpretiert werden. Sie quantifizieren einen Gegenfaktualschock der deutschen Volkswirtschaft infolge der geopolitischen und energiebezogenen Veränderungen nach dem russischen Angriff.

80. Rechenblatt: Risikoreduktion

Kosten C	möglicher Schaden L	erforderliche $\Delta P = C/L$
50 Mrd. €	500 Mrd. €	10 %
50 Mrd. €	1 Bio. €	5 %
100 Mrd. €	500 Mrd. €	20 %
100 Mrd. €	1 Bio. €	10 %
100 Mrd. €	2 Bio. €	5 %
150 Mrd. €	1 Bio. €	15 %
150 Mrd. €	2 Bio. €	7,5 %
250 Mrd. €	2 Bio. €	12,5 %

81. Rechenblatt: Erstattung

Frage	Antwort 2026
Erhält Deutschland Gebiete?	Nein.
Muss die Ukraine deutsche Zuschüsse allgemein zurückzahlen?	Nein.
Sind alle deutschen Hilfen Kredite?	Nein; erheblicher Anteil Zuschuss/Sachleistung.
Werden russische Zentralbankvermögen bereits vollständig enteignet?	Nein; Kapitalstock im Wesentlichen immobilisiert.
Werden Erträge verwendet?	Ja; vor allem für Ukraine und Kreditbedienung.
Sind Wiederaufbauaufträge garantiert?	Nein.

82. Rechenblatt: Territorium

Endpunkt	Stand September 2026
Ukraine als souveräner Staat	besteht fort
Russisch kontrolliertes ukrainisches Gebiet	≈19–20 %
Nettozuwachs russischer Kontrolle seit 24.02.2022	≈12 % des ukrainischen Staatsgebiets
1991-Grenzen wiederhergestellt	Nein
Deutscher territorialer Anspruch	0

83. Rechenblatt: Energieabhängigkeit

Messgröße	2021	2025/2024	Interpretation
Russischer Anteil an EU-Gasimporten	≈45 %	≈12 % (2025)	massive Diversifizierung
Deutsche Importe aus Russland	Referenz 2021	≈ -95 % (2024)	Abhängigkeit/Handel stark reduziert
Deutsche Exporte nach Russland	≈26,6 Mrd. € 2021	≈7,6 Mrd. € 2024	großer Handelsrückgang

84. Rechenblatt: Wiederaufbau

Größe	Wert	Deutschland-Nutzen
Wiederaufbau-/Erholungsbedarf Ukraine, RDNA5	≈588 Mrd. US\$ / 10 Jahre	großer Markt, aber kein deutscher Anspruch
Direkte Schäden	≈195 Mrd. US\$	Finanzierungsbedarf
Sozioökonomische Verluste	≈666,7 Mrd. US\$	zeigt Kriegszerstörung, nicht Auftragssumme

TEIL XIII – Vertiefungsmodule der Gesamtfolgenrechnung

85. Militärhilfe ist nicht gleich Bargeldtransfer

Ein erheblicher Teil der deutschen Militärhilfe besteht nicht aus einer Überweisung an den ukrainischen Staat, sondern aus Materiallieferungen, Beschaffung bei Herstellern, Wartung, Ausbildung, Ersatzteilen und logistischer Unterstützung. Die ökonomische Bewertung muss deshalb zwischen Buchwert, Wiederbeschaffungswert und militärischem Grenznutzen unterscheiden. Ein älteres System aus Bundeswehrbeständen kann einen geringen Buchwert, aber einen hohen operativen Nutzen besitzen; ein neu beschafftes System kann umgekehrt teuer sein, ohne im konkreten Einsatz denselben Zusatznutzen zu erzeugen. Für die deutsche Wohlfahrtsrechnung ist der relevante Aufwand die Ressource, die Deutschland dadurch nicht anderweitig nutzen kann, zuzüglich der notwendigen Wiederbeschaffung.

Diese Unterscheidung ist besonders wichtig, wenn politische Debatten aus dem Nennwert gelieferter Waffen auf eine angeblich identische „Überweisung“ schließen. Sie ist ebenso wichtig in die andere Richtung: Eine Lieferung aus Altbeständen ist nicht kostenlos, wenn sie eine Fähigkeitslücke der Bundeswehr erzeugt. Deshalb sollte jede große militärische Unterstützungsentscheidung drei Werte ausweisen: fiskalischen Ausgabewert, Wiederbeschaffungswert und geschätzten operativen Zusatznutzen für den ukrainischen Endpunkt.

86. Luftverteidigung als Beispiel eines klareren Endpunkts

Luftverteidigung gehört zu den Instrumenten, bei denen die Wirkungskette vergleichsweise klar ist. Ein zusätzliches einsatzfähiges System kann die Wahrscheinlichkeit erhöhen, Raketen oder Drohnen abzufangen und damit Schäden an Stromnetzen, Städten, militärischen Zielen und Bevölkerung zu reduzieren. Anders als bei allgemeiner Budgethilfe existiert ein unmittelbarer technischer Mechanismus zwischen Intervention und Endpunkt. Für eine echte Evaluation müssten Abfangraten, Anzahl geschützter Ziele, Kosten je Abfangvorgang, Ersatzverfügbarkeit und der Wert verhinderter Schäden zusammengeführt werden.

Der Nutzen für Deutschland ist trotzdem indirekt. Weniger zerstörte ukrainische Infrastruktur verringert humanitären Finanzierungsbedarf, Flüchtlingsdruck und die Wahrscheinlichkeit eines ukrainischen Staatsversagens. Genau solche Ketten eignen sich eher für eine belastbare Grenznutzenanalyse als pauschale Aussagen, jede weitere Milliarde Militärhilfe besitze denselben Wert.

87. Artillerie, Munition und Verbrauchsgüter

Munition ist ein reines Verbrauchsgut. Ihr ökonomischer Restwert nach Einsatz ist null, ihr militärischer Nutzen kann im Moment des Engpasses sehr hoch sein. Für Deutschland bedeutet dies, dass die gesamte reale Ressource verbraucht wird. Im Gegenzug kann die Produktion Kapazitäten der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie auslasten und ausweiten. Ein Teil des Haushaltsaufwands erscheint damit als Industrieumsatz und Lohn, der gesellschaftliche Ressourcenverbrauch bleibt jedoch bestehen.

Die zentrale Effizienzgröße wäre nicht „Euro Munition geliefert“, sondern „zusätzlich verhinderter gegnerischer Durchbruch beziehungsweise zusätzlich erhaltene ukrainische Kampfkraft pro Euro“. Solche Daten sind militärisch sensibel und öffentlich kaum vorhanden. In der Schlussbilanz muss deshalb ein erheblicher Teil des militärischen Nutzens als plausibel, aber nicht präzise monetarisierbar geführt werden.

88. Rüstungsindustrie: Kosten und Vermögensbildung gleichzeitig

Der Krieg hat in Deutschland und Europa Investitionen in Produktionslinien für Munition, Flugabwehr, Fahrzeuge und andere Systeme ausgelöst. Diese Ausgaben sind nicht vollständig verloren: Fabriken, Maschinen, Know-how und Lieferketten bleiben nach einer Lieferung bestehen und erhöhen die künftige europäische Produktionsfähigkeit. Das ist ein echter strategischer Vermögenswert. Gleichzeitig kann eine kriegsbedingt beschleunigte Rüstungsproduktion andere Investitionen verdrängen, Fachkräfte binden und bei später sinkender Nachfrage Überkapazitäten erzeugen.

Für die Nutzenrechnung sollte deshalb der Restwert neu geschaffener Kapazitäten vom Bruttoaufwand abgezogen werden. Je stärker die Kapazität anschließend für die Bundeswehr und europäische Abschreckung genutzt wird, desto kleiner sind die Nettokosten der Ukraine-Unterstützung. Je stärker sie ausschließlich durch temporäre Subventionen ausgelastet wird, desto größer ist das Fehlallokationsrisiko.

89. Der Bundeswehr-Gegenfaktor

Eine wichtige Frage lautet, ob aus Beständen abgegebenes Material Deutschlands eigene Verteidigungsfähigkeit zeitweise geschwächt hat. Wird ein System abgegeben und erst Jahre später ersetzt, trägt Deutschland während der Lücke ein zusätzliches Sicherheitsrisiko. Wird die Abgabe dagegen zum Anlass einer ohnehin notwendigen Modernisierung, kann sie den Erneuerungszyklus beschleunigen. Eine vollständige Bilanz benötigt daher nicht nur den Kaufpreis des Ersatzsystems, sondern auch die zeitliche Fähigkeitswirkung.

90. Flüchtlingskosten pro Schutzsuchendem – nur als Größenordnung

Die Bundeswerte von 5,5 Milliarden Euro 2022 und 8,8 Milliarden Euro 2023 bei einer Schutzsuchendenzahl in der Größenordnung von rund einer Million zeigen, dass die Bruttobelastung des Bundes grob in einer Größenordnung von mehreren tausend Euro je Schutzsuchendem und Jahr liegt. Eine exakte Division wäre irreführend, weil die Zahl der Personen innerhalb der Jahre wuchs, Leistungen unterschiedlich abgegrenzt sind und Länder- beziehungsweise Kommunalausgaben hinzukommen. Trotzdem verdeutlicht die Größenordnung: Flüchtlingsaufnahme ist ein bedeutender, aber im Verhältnis zum gesamten deutschen Sozialstaat nicht singulärer Kostenblock.

Mit steigender Beschäftigung verschiebt sich die Bilanz. Erwerbstätige zahlen Steuern und Beiträge und benötigen typischerweise weniger Transfers. Der fiskalische Break-even einer Person hängt von Bruttolohn, Familienstruktur, Wohnkosten und öffentlicher Infrastruktur ab. Daraus folgt für die Politik ein konkreter Hebel: schnellere Arbeitsmarktintegration erhöht den Nutzen der ohnehin erfolgten Aufnahme, ohne dass dafür der militärische Kriegsverlauf beeinflusst werden muss.

91. Humanitärer Nutzen ist real, aber normativ gewichtet

Eine strikt deutsche Kosten-Nutzen-Rechnung würde ukrainische Menschenleben und vermiedene Zerstörung nur insoweit zählen, wie daraus Rückwirkungen auf Deutschland entstehen. Eine humanitäre oder universalistische Wohlfahrtsrechnung bewertet dagegen auch den direkten Nutzen für Ukrainer. Diese Differenz ist keine Rechenpanne, sondern eine normative Entscheidung über den Bezugsraum der Wohlfahrt. Politische Kommunikation sollte deshalb offen sagen, ob Milliarden mit deutschem Eigennutzen, mit europäischer Sicherheit oder mit humanitärer Solidarität begründet werden.

Für die Gesamtfolgenrechnung werden diese Ebenen getrennt geführt. Dadurch kann eine Maßnahme aus deutscher Eigeninteressenrechnung negativ, aus breiter humanitärer Wohlfahrtsrechnung aber positiv sein. Erst diese Transparenz verhindert, dass moralische Ziele unbemerkt als angeblich deutscher wirtschaftlicher Nutzen erscheinen.

92. Der Wert vermiedener Flüchtlingsbewegungen

Ein ukrainischer Staatskollaps hätte wahrscheinlich zusätzliche Flucht nach Westen ausgelöst. Wie viele Menschen zusätzlich nach Deutschland gekommen wären, ist unbekannt. Der mögliche fiskalische Nutzen einer stabileren Ukraine kann deshalb als Szenario gerechnet werden: zusätzliche vermiedene Schutzsuchende $\times$ erwartete Nettofiskalkosten pro Person und Jahr $\times$ Aufenthaltsdauer. Schon bei einigen hunderttausend zusätzlichen Personen über mehrere Jahre können zweistellige Milliardenbeträge entstehen. Diese Rechnung darf aber nicht ohne belastbares Migrationsgegenfaktum als realisierter Nutzen verbucht werden.

93. Energieunabhängigkeit als Versicherungswert

Die reduzierte Abhängigkeit von russischem Gas besitzt einen Versicherungswert, der über den heutigen Energiepreis hinausgeht. Ein diversifiziertes System ist weniger anfällig dafür, dass ein einzelner Lieferant politisch motiviert Mengen reduziert. Der Wert dieser Resilienz entspricht näherungsweise der erwarteten vermiedenen Schadenshöhe zukünftiger Lieferunterbrechungen. Auch hier gilt die Versicherungslogik: Wahrscheinlichkeit einer Störung $\times$ Schaden bei Störung. Dieser Nutzen kann real sein, selbst wenn LNG oder andere Alternativen im Normalbetrieb teurer sind.

Die Gegenrechnung muss neue Konzentrationsrisiken berücksichtigen. Wenn Abhängigkeit von Russland durch hohe Abhängigkeit von wenigen LNG-Lieferanten, kritischen Rohstoffen oder ausländischer Infrastruktur ersetzt wird, ist der Netto-Resilienznutzen kleiner. Diversifizierung, Speicher, Netze und heimische Flexibilität besitzen deshalb einen eigenen Wert.

94. Der verlorene Russlandhandel als Opportunitätskostenposten

Die deutschen Exporte nach Russland lagen 2024 rund 19 Milliarden Euro unter dem Niveau von 2021. Diese Differenz ist kein jährlicher deutscher Nettoschaden in gleicher Höhe, weil Unternehmen Absatz umlenken, Importe enthalten und Gewinnmargen nur einen Teil des Umsatzes ausmachen. Für bestimmte Branchen – Maschinenbau, Fahrzeuge, Chemie und andere – kann der Verlust des Marktes dennoch dauerhaft wertvoll gewesen sein. Eine saubere Rechnung müsste Wertschöpfung, Gewinn und alternative Absatzmärkte bestimmen.

Der Sicherheitsnutzen von Sanktionen muss deshalb mindestens den echten Nettowohlfahrtsverlust dieses Handelsbruchs und der Energieumstellung kompensieren. Die bloße Beobachtung eines geringeren Handelsvolumens sagt über das Verhältnis noch nichts aus.

95. Sanktionen und russische Anpassung

Russland hat einen erheblichen Teil seines Außenhandels nach China, Indien, die Türkei, Zentralasien und andere Staaten umgelenkt. Dies reduziert die Wirksamkeit europäischer Sanktionen, beseitigt sie aber nicht. Umgehung verursacht Preisabschläge, längere Lieferketten, zusätzliche Vermittler, technologische Qualitätsprobleme und höhere Finanzierungskosten. Der richtige Endpunkt ist deshalb nicht, ob Russland weiterhin exportiert oder importiert, sondern um wie viel seine reale militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gegenüber einem sanktionsfreien Gegenfaktum sinkt.

96. Russische Kriegswirtschaft als Gegenbefund

Russlands hoher Verteidigungsanteil am BIP zeigt zweierlei. Einerseits muss der russische Staat große Ressourcen in den Krieg lenken; das ist ein realer Preis. Andererseits hat die russische Wirtschaft eine beachtliche Anpassungsfähigkeit gezeigt und die Rüstungsproduktion ausgebaut. Für die Sanktionsbewertung folgt daraus, dass wirtschaftlicher Schmerz nicht automatisch in politische Verhaltensänderung übersetzt wird. Eine Intervention kann den Gegner nachweislich belasten und trotzdem das strategische Ziel nicht erreichen.

97. NATO-Abschreckung als Alternative zum ukrainischen Vorfeld

Eine häufige Sicherheitsbehauptung lautet, Unterstützung der Ukraine sei billiger, als später eine wesentlich längere NATO-Grenze gegen ein gestärktes Russland abzusichern. Diese Aussage ist plausibel, muss aber quantifiziert werden. Zusätzliche Brigaden, Luftverteidigung, Munition, Infrastruktur und Bereitschaft über Jahrzehnte können hunderte Milliarden Euro kosten. Dem steht die Frage gegenüber, ob diese Kosten nicht ohnehin aufgrund der russischen Langzeitentwicklung erforderlich geworden wären. Der relevante Nutzen der Ukraine-Unterstützung ist nur die zusätzliche Differenz.

98. Ein NATO-Kosten-Szenario

Nimmt man illustrativ an, ein ungünstiger ukrainischer Ausgang erhöhe die europäischen Verteidigungskosten über zwanzig Jahre um 400 Milliarden Euro und Deutschland trage davon 25 Prozent, ergäbe sich ein deutscher Mehrschaden von 100 Milliarden Euro. Eine deutsche Unterstützung mit 100 Milliarden Euro wäre allein unter diesem Posten nur dann break-even, wenn sie diesen ungünstigen Ausgang praktisch vollständig verhindert. Liegt der europäische Zusatzschaden dagegen bei zwei Billionen Euro, wären Deutschlands angenommene 25 Prozent 500 Milliarden; dann genügen 20 Prozentpunkte Risikoreduktion für den Break-even. Die Rechnung zeigt die extreme Sensitivität gegenüber der Sicherheitsannahme.

99. Ein Flüchtlings- und Sicherheitskombinationsszenario

Ein realistischer negativer Ausgang könnte mehrere Kostenarten kombinieren: zusätzliche Flüchtlinge, höhere Verteidigungsausgaben, erneute Energieunsicherheit, höhere Cyber- und Sabotageschäden sowie geringere Investitionen in Osteuropa. Wenn diese über zehn oder zwanzig Jahre zusammen beispielsweise 500 Milliarden Euro deutschen Schaden erzeugten, müsste die deutsche Unterstützung von 100 Milliarden Euro die Wahrscheinlichkeit dieses Gesamtpakets um mindestens 20 Prozentpunkte reduzieren. Bei nur fünf Prozentpunkten Risikoreduktion wäre der erwartete Nutzen 25 Milliarden Euro und damit klar unter den Kosten.

100. Wiederaufbau: Szenarien für deutsche Unternehmen

Aus dem von der Weltbank geschätzten Wiederaufbaubedarf von rund 588 Milliarden US-Dollar lässt sich eine illustrative Marktgröße ableiten. Erhielten deutsche Unternehmen fünf Prozent der daraus finanzierten Aufträge, wären das rund 29 Milliarden US-Dollar Bruttoumsatz; bei zehn Prozent rund 59 Milliarden, bei fünfzehn Prozent rund 88 Milliarden. Selbst diese hohen Marktanteile sind keine Rückzahlung der Staatshilfe. Bei einer angenommenen deutschen Wertschöpfungsquote von 20 Prozent entsprächen die drei Szenarien grob sechs, zwölf und achtzehn Milliarden US-Dollar inländischer Wertschöpfung – über viele Jahre verteilt und vor Steuern, Risiken und Finanzierungskosten.

Die Rechnung macht sichtbar, dass Wiederaufbauchancen zwar relevant sind, aber die bisherigen staatlichen Aufwendungen nicht automatisch kompensieren. Zudem können deutsche Steuerzahler über EU-, Kredit- und Garantieinstrumente einen Teil der Finanzierung der Aufträge selbst mittragen.

101. Russische Vermögen: maximaler fiskalischer Entlastungsmechanismus

Die Verwendung von Erträgen aus immobilisierten russischen Vermögenswerten ist der klarste Mechanismus, mit dem zukünftige Unterstützung teilweise vom russischen Vermögensstock statt von europäischen Haushalten getragen werden kann. Solange jedoch im Wesentlichen Erträge und nicht der Kapitalstock verwendet werden, bleibt das jährliche Volumen begrenzt im Verhältnis zum ukrainischen Finanzierungsbedarf. Für Deutschland ist der Nutzen eine verringerte künftige Geberlast, nicht eine nachträgliche Vollerstattung.

102. Zinsen, Schulden und zeitliche Lasten

Ein Teil der deutschen Unterstützung wird über Haushalte und europäische Finanzierung in einer Zeit höherer Zinsen getragen. Selbst wenn eine Ausgabe nominal 10 Milliarden Euro beträgt, entstehen bei kreditfinanzierter Finanzierung zusätzliche Zins- und Opportunitätskosten. Umgekehrt können langfristige Kredite an die Ukraine Rückflüsse erzeugen. Die Zeitstruktur der Finanzierung gehört deshalb in jede exakte fiskalische Nettoanalyse.

103. Opportunitätskosten: Was hätte Deutschland sonst tun können?

Der stärkste ökonomische Einwand gegen hohe Unterstützungsbeträge lautet nicht, dass Geld „weg“ sei, sondern dass dieselben Ressourcen alternativ für Bundeswehr, Infrastruktur, Bildung, Steuerentlastung, Energieversorgung oder Schuldentilgung eingesetzt werden könnten. Die relevante Hürde ist der Nutzen der besten realistischen Alternative. Eine militärische Hilfe ist effizient, wenn ihr erwarteter Sicherheitsnutzen höher ist als der Nutzen derselben Ressource beispielsweise in deutscher Luftverteidigung oder Munitionsproduktion für eigene Bestände.

104. Politische Ordnungswirkung

Ein weiterer möglicher Nutzen ist die Abschreckungswirkung gegenüber anderen Staaten: Wenn gewaltsame Grenzverschiebung hohe internationale Kosten auslöst, kann dies zukünftige Aggressionen weniger attraktiv machen. Diese Ordnungswirkung ist global und kaum monetarisierbar. Sie kann jedoch sehr groß sein, falls sie einen späteren Krieg verhindert. Der Kausalnachweis ist entsprechend schwierig: Auch eine lange, zerstörerische Auseinandersetzung kann als Beleg hoher Kosten abschrecken oder umgekehrt zeigen, dass territoriale Gewinne trotz Sanktionen möglich bleiben.

105. Glaubwürdigkeit und Reputation

Deutschland hat seit 2022 seine außen- und sicherheitspolitische Reputation bei osteuropäischen Partnern verändert. Verlässlichkeit kann bei zukünftiger Bündniskooperation, Beschaffung, Diplomatie und Krisenreaktion einen Wert besitzen. Dieser Nutzen ist real, aber nicht ohne weiteres in Euro ausdrückbar. Umgekehrt können wechselnde Zusagen oder verspätete Lieferungen Reputation schädigen. Für die Evaluation bleibt Reputation ein qualitativ relevanter Zusatznutzen, kein Ersatz für eine Wirkungsrechnung.

106. Risiko eines Dauerkrieges

Je länger der Krieg dauert, desto größer werden kumulierte Kosten und Zerstörung. Eine Unterstützungsstrategie kann den Krieg verkürzen, wenn sie eine Seite zu einem akzeptablen Ergebnis befähigt; sie kann ihn verlängern, wenn sie gerade genug Ressourcen zum Fortsetzen, aber nicht zum Entscheiden liefert. Welche Wirkung dominiert, ist empirisch offen und hängt vom jeweiligen Zeitraum ab. Diese Möglichkeit muss als zentrale Gegenhypothese geführt werden, weil die optimale Politik nicht nur „mehr“ oder „weniger“, sondern auch Timing und Zielklarheit betrifft.

107. Risiko einer eingefrorenen Front

Ein eingefrorener Konflikt kann kurzfristig Gewalt reduzieren, langfristig aber hohe dauerhafte Sicherheits- und Wiederaufbaukosten erzeugen. Für Deutschland könnte ein solcher Zustand bedeuten, über Jahre Budgethilfe, Flüchtlingskosten, militärische Unterstützung und Abschreckung gleichzeitig zu finanzieren. Der Grenznutzen einer weiteren Milliarde verändert sich in diesem Szenario fundamental gegenüber einem akuten Abwehrkrieg. Deshalb benötigt die Politik für 2027 und danach andere Evaluationsmaßstäbe als im Frühjahr 2022.

108. Zieldefinition: Was wäre eigentlich Erfolg?

Ohne klare Zieldefinition kann keine Nutzenrechnung abgeschlossen werden. Mögliche Ziele sind: Überleben des ukrainischen Staates; Rückkehr zu den Grenzen von Februar 2022; vollständige Wiederherstellung der Grenzen von 1991; ein verhandelter dauerhafter Waffenstillstand; NATO- oder EU-Integration; dauerhafte militärische Abschreckung Russlands. Diese Ziele besitzen sehr unterschiedliche Kosten und Wahrscheinlichkeiten. Deutschland sollte nicht gleichzeitig ein Maximalziel rhetorisch vertreten und eine Ressourcenstrategie finanzieren, die nur für ein Minimalziel ausreicht.

109. Minimalziel versus Maximalziel

Das Minimalziel „Ukraine bleibt ein souveräner, verteidigungsfähiger Staat“ ist bis 2026 im Wesentlichen erreicht, aber nicht endgültig gesichert. Das Maximalziel „vollständige Wiederherstellung der Grenzen von 1991“ ist nicht erreicht und könnte sehr hohe weitere militärische Kosten verursachen. Zwischen beiden liegen zahlreiche Verhandlungsergebnisse. Die Nutzen-Aufwand-Rechnung muss deshalb für jedes Ambitionsniveau separat erfolgen. Ein bereits erreichtes Minimalziel rechtfertigt nicht automatisch unbegrenzte Kosten für das Maximalziel.

110. Grenznutzen der nächsten Milliarde

Für künftige Entscheidungen sollte Deutschland jede größere zusätzliche Tranche mit vier Fragen verbinden: Welcher konkrete Engpass wird beseitigt? Welcher militärische oder strategische Endpunkt verändert sich? Wie groß ist der deutsche Anteil an dieser Veränderung? Welche Alternative hätte denselben Endpunkt billiger erreicht? Ein Ministerium, das diese Fragen nicht beantworten kann, kann den zusätzlichen Nutzen seiner Ausgabe nicht nachweisen.

111. Niedrig-, Mittel- und Hoch-Nutzen-Szenario

Szenario	Reale deutsche Zusatzkosten	angenommener Sicherheits-/Ordnungsnutzen	sonstige Netto-Co-Benefits	Netto
Niedrig	100 Mrd. €	10 Mrd. € (1 %-Punkt × 1 Bio. € Schaden)	10 Mrd. €	-80 Mrd. €
Mittel	100 Mrd. €	75 Mrd. € (7,5 %-Punkte × 1 Bio. €)	15 Mrd. €	-10 Mrd. €
Hoch	100 Mrd. €	200 Mrd. € (10 %-Punkte × 2 Bio. €)	30 Mrd. €	+130 Mrd. €

Diese Szenarien sind keine Schätzung der Wahrheit. Sie zeigen, dass die gesamte Nettoentscheidung an wenigen schwer beobachtbaren Parametern hängt. Die Bundesausgaben sind relativ gut messbar; der kausale deutsche Sicherheitshebel ist es nicht. Jede politisch bestimmte Schlussfolgerung enthält daher implizit eine Annahme über diesen Hebel.

112. Marginales Deutschland-Szenario versus kollektives Europa-Szenario

Gegenfaktum	Erwarteter Nutzen deutscher Beteiligung	Hauptproblem
Nur Deutschland zieht sich zurück; Verbündete kompensieren	eher gering	Substitution durch andere Staaten
Deutschland zieht sich zurück; Signal führt zu weiteren Rückzügen	mittel bis hoch	politischer Multiplikator schwer messbar
Europa reduziert kollektiv stark	sehr hoch möglich	Nutzen ist europäisch, nicht Deutschland allein zurechenbar
Deutschland erhöht Beitrag, andere reduzieren entsprechend	gering	Crowding-out der Partner
Deutschland erhöht Beitrag und mobilisiert zusätzliche Partnerbeiträge	hoch möglich	Leadership-Multiplikator muss belegt werden

113. Entscheidungsampel für künftige Maßnahmen

Kategorie	Merkmale	Bewertung
Grün	klarer Engpass, hohe Additionalität, niedrige Kosten, geringer Eskalationseffekt	priorisieren
Gelb	Nutzen plausibel, aber substituierbar oder nur mittelbar; hohe Unsicherheit	befristen und evaluieren
Rot	hohe Kosten, geringe Additionalität, primär symbolisch, keine klare Endpunktwirkung	nicht fortsetzen ohne neue Evidenz

114. Was eine transparente Bundesregierung veröffentlichen müsste

Eine evidenzbasierte Ukraine-Politik würde jährlich einen konsolidierten Bericht veröffentlichen, der erstens Ist-Ausgaben und Verpflichtungen trennt, zweitens Zuschüsse, Kredite, Garantien und Sachleistungen unterscheidet, drittens Länder- und Kommunalkosten soweit möglich konsolidiert, viertens für große militärische Pakete den beabsichtigten Endpunkt benennt, fünftens Sanktionen mit messbaren Zwischenzielen evaluiert und sechstens für die nächste Haushaltsperiode eine Grenznutzenbegründung liefert. Ohne diese Struktur bleibt die öffentliche Debatte zwangsläufig moralisch und symbolisch statt quantitativ.

115. Ultra-Kurzfazit der Gesamtfolgenrechnung

Deutschland hat für die Ukraine und ukrainische Schutzsuchende einen Bundesrahmen von mehr als 100 Mrd. Euro mobilisiert. Der noch größere langfristige Block ist jedoch der deutsche Sicherheitsumbau: Die Finanzplanung 2024–2030 liegt gegenüber einem 2-%-Vorkriegspfad um rund 536 Mrd. Euro höher. Eine direkte finanzielle oder territoriale Rückzahlung existiert nicht. Der wichtigste positive Endpunkt ist der Fortbestand eines souveränen ukrainischen Staates; der wichtigste behauptete deutsche Eigennutzen ist Abschreckung. Die vorliegende Risikorechnung setzt für einen bewusst begonnenen russischen Angriff auf Deutschland in den kommenden zehn Jahren ein Arbeitsband von 0,5–2 % und einen Zentralwert von 1 % an; für einen begrenzten NATO-Test 2–5 %, zentral 3 %. Diese Werte sind analytische Schätzungen, keine Geheimdienstprognosen.

Bei einem angenommenen deutschen Großkriegsschaden von 3 Billionen Euro beträgt der Erwartungswert des direkten Deutschland-Risikos bei 1 % nur rund 30 Mrd. Euro; selbst ein 3-%-NATO-Test-Risiko entspräche maximal rund 90 Mrd. Euro. Ein zusätzlicher Bundeswehr-Ressourcenblock von 536 Mrd. Euro benötigt dagegen bei 3 Billionen Euro Schaden eine Risikoreduktion um 17,9 Prozentpunkte. Damit ist das konkrete Ergebnis: Die geplante allgemeine Aufrüstung ist durch die öffentlich belegbare Gefahr eines direkten russischen Angriffs allein nicht gerechtfertigt und in dieser engen Risikorechnung überdimensioniert. Sinnvoll bleibt eine fokussierte Verteidigung gegen plausible Szenarien - Luft- und Raketenabwehr, Munition, Ostflanke, Cyber/KRITIS, Aufklärung, Zivilschutz und Diplomatie. Für darüber hinausgehende Ausgaben muss ein zusätzlicher messbarer Sicherheitsnutzen belegt werden.

116. Schlussformel der Russland-Ukraine-Folgenabschätzung

Für jede zusätzliche deutsche Maßnahme gilt dieselbe Gleichung: tatsächlicher marginaler Beitrag zum militärischen, humanitären oder strategischen Endpunkt × Wert dieses Endpunkts + realisierte deutsche Co-Benefits – reale gesellschaftliche Zusatzkosten – Eskalations-, Verlagerungs- und Opportunitätskosten. Wo

der kausale marginale Beitrag nicht belastbar bestimmt werden kann, darf der Nutzen nicht als sichere Eurozahl behandelt werden.

Der zentrale Prüfmaßstab lautet damit: Nicht „Wie viel hat Deutschland schon gegeben?“ und auch nicht „Wie wichtig ist die Ukraine allgemein?“, sondern „Wie stark verändert die nächste deutsche Milliarde die Wahrscheinlichkeit eines für Deutschland relevanten besseren oder schlechteren Ausgangs?“ Nur wenn diese Grenzwirkung den Grenzaufwand übersteigt, ist weitere Unterstützung unter einer strikten Nutzen-Aufwand-Logik rational.

TEIL XIV – Quellenregister

- [S01] **Bundesregierung.** Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine / Unterstützungsübersicht, Stand 24.08.2026. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschland-hilft-der-ukraine-2160274>
- [S02] **Bundesregierung.** Bilaterale Unterstützungsleistungen Deutschlands für die Ukraine und Menschen aus der Ukraine, Detailübersicht Stand 31.12.2025. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2397718/>
- [S03] **Statistisches Bundesamt.** Schutzsuchende aus der Ukraine / Ausländerstatistik, Stand Ende 2025. <https://www.destatis.de/>
- [S04] **Deutscher Bundestag / Bundesregierung.** Bundesausgaben für ukrainische Geflüchtete 2022 und 2023. <https://www.bundestag.de/>
- [S05] **Bundesministerium der Finanzen, Wissenschaftlicher Beirat.** Gutachten zu ukrainischen Flüchtlingen, Arbeitsmarktintegration und fiskalischen Kosten, 2026. <https://www.bundesfinanzministerium.de/>
- [S06] **Bundesregierung / BMF.** Deutscher Fortschrittsbericht 2026, Verteidigung und Unterstützung der Ukraine. <https://www.bundesfinanzministerium.de/>
- [S07] **Europäische Kommission / Rat.** EU solidarity with Ukraine – financial, military and humanitarian support, current 2026. <https://eu-solidarity-ukraine.ec.europa.eu/>
- [S08] **NATO.** Defence Expenditure of NATO Countries, historical tables through 2026. <https://www.nato.int/>
- [S14] **Europäische Kommission.** Use of extraordinary revenues from immobilised Russian assets, 2025–2026. <https://commission.europa.eu/>
- [S15] **Europäische Kommission / Rat.** Ukraine Loan Cooperation Mechanism and G7 ERA loans. <https://commission.europa.eu/>
- [S16] **European Commission.** Ukraine Support Loan 2026–2027 / macro-financial assistance. <https://commission.europa.eu/>
- [S17] **Reuters.** Russia controls about a fifth of Ukraine, September 2026. <https://www.reuters.com/>
- [S18] **Russia Matters / DeepState / ISW aggregation.** Territorial control in Ukraine, update September 2026. <https://www.russiamatters.org/>
- [S20] **Institut der deutschen Wirtschaft.** Krieg in der Ukraine: Wohlstandsverluste Deutschlands 2022–2024, update 2025. <https://www.iwkoeln.de/>
- [S21] **Institut der deutschen Wirtschaft.** Terms-of-Trade-Verlust Deutschlands durch Energiepreisschock 2022. <https://www.iwkoeln.de/>
- [S22] **Deutsche Bundesbank.** Auswirkungen des Kriegs und der Energiekrise auf Deutschland, Analysen 2022–2026. <https://www.bundesbank.de/>
- [S23] **Statistisches Bundesamt.** Außenhandel mit Russland 2022–2024. <https://www.destatis.de/>
- [S24] **Europäische Kommission.** REPowerEU / Russian gas import dependency 2021–2025. <https://commission.europa.eu/>
- [S25] **World Bank, Government of Ukraine, EU, UN.** Rapid Damage and Needs Assessment 5 (RDNA5), February 2026. <https://www.worldbank.org/>
- [S26] **ifo / EconPol.** Fiscal support during the European energy crisis, Germany 2022–2023, 2026. <https://www.ifo.de/>
- [S27] **Statistisches Bundesamt.** German exports and imports with Russia, 2024 versus 2021. <https://www.destatis.de/>
- [S28] **European Commission / Council.** EU sanctions against Russia – trade and energy effects, 2026. <https://www.consilium.europa.eu/>
- [S29] **Bundesregierung.** German-Ukrainian Economic Forum / reconstruction investment, 2025. <https://www.bundesregierung.de/>
- [S30] **International Institute for Strategic Studies (IISS).** European security and the cost of a Russian victory / Russia reconstitution analyses, 2025–2026. <https://www.iiss.org/>
- [S31] **IISS.** Defending Europe without the United States / capability replacement estimates, 2025. <https://www.iiss.org/>
- [S32] **IISS / European security reporting.** Russian hybrid and sabotage activity in Europe, 2024–2026. <https://www.iiss.org/>
- [S33] **Bundesministerium der Finanzen.** Bundeshaushalt 2027 / Finanzplan bis 2030: Verteidigungsausgaben und NATO-Quote, 06.07.2026. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/07/2026-07-06-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2027.html>
- [S34] **Deutscher Bundestag.** Etat 2026 / Verteidigungsausgaben und Beschaffung; 2025–2026. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1106068>
- [S35] **Grundgesetz Art. 109 und 115 in der seit 2025 geltenden Fassung; Bereichsausnahme für Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben oberhalb 1 % BIP.** <https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz>
- [S36] **Bundesregierung.** Fragen und Antworten zum Neuen Wehrdienst, 2026. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/antworten-zum-neuen-wehrdienst-2397476>

[S37] Bundesregierung. Regierungspressekonferenz 22.06.2026 – Brigade Litauen, Personal und Ausstattung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungspressekonferenz-vom-22-juni-2026-2444374>

[S38] Bundesregierung. Regierungspressekonferenz 18.05.2026 – Ausbau Zivilschutz und Medizinische Task Forces angesichts wachsender hybrider Bedrohungen. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungspressekonferenz-vom-18-mai-2026-2430664>

[S39] Bundesregierung. Regierungspressekonferenz 10.06.2026 – Operationsplan Deutschland und zivile-militärische Verteidigung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungspressekonferenz-vom-10-juni-2026-2438838>

[S40] Deutscher Bundestag / Wehrbeauftragte. Jahresbericht 2021 – Verteidigungshaushalt 2021 rund 46,9 Mrd. Euro. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000900.pdf>

[S41] Deutscher Bundestag. Haushaltsentwurf 2027 – Verteidigungsausgaben 139,6 Mrd. Euro inklusive Sondervermögen, 09.09.2026. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw37-de-verteidigung-1194766>

[S42] Deutscher Bundestag / Bundesregierung. Finanzplan bis 2030 – Verteidigungsetat 2028 bis 2030. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1205072>

[S43] Bundesministerium der Finanzen. Sollbericht Bundeshaushalt 2026 – 100,9 Mrd. Euro Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben, 57,6 Mrd. Euro oberhalb der 1-%-Schwelle. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2026/02/Inhalte/Kapitel-2-Analysen/2-3-sollbericht-2026.html>

[S44] Bundesregierung. Pressekonferenz Bundeskanzler Merz und baltische Regierungschefs, 03.07.2026 – russische Bedrohung und 3,5-%-Ziel. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/pressekonferenz-von-bundeskanzler-merz-und-den-staats-und-regierungschefs-der-drei-baltischen-staaten-am-3-juli-2026-in-berlin-2445980>

[S45] Deutscher Bundestag / Wehrbeauftragter. Jahresbericht 2025 – Personalaufwuchs auf 255.000–270.000 aktive Soldaten und mindestens 200.000 Reservisten. <https://dserver.bundestag.de/btd/21/042/2104200.pdf>

[S46] Bundesregierung. Fragen und Antworten zu Drohnenabwehr und hybrider Bedrohung, 2026. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/hybride-bedrohung-fragen-antworten-faq-2449150>

[S47] Bundesregierung. Regierungspressekonferenz 31.08.2026 – Sabotage, Spionage, Desinformation und Cyberangriffe als hybride Bedrohungen. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungspressekonferenz-vom-31-august-2026-2451006>

[S48] National Security Archive, George Washington University. NATO Expansion: What Gorbachev Heard, 12.12.2017. <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>

[S49] NATO. Bucharest Summit Declaration, 03.04.2008, Ziff. 23: Ukraine und Georgien „will become members of NATO“. <https://www.nato.int/en/about-us/official-texts-and-resources/official-texts/2008/04/03/bucharest-summit-declaration>

[S50] Chatham House. Democracy in Ukraine, November 2023 – Yanukovych 2010–2014, Revolution of Dignity und verfassungsrechtliche Ausnahmelage nach seiner Flucht. <https://www.chathamhouse.org/2023/11/democracy-ukraine>

[S51] Brookings Institution. Taking Stock in Ukraine, 2014 – Vereinbarung vom 21.02.2014, Abreise Yanukovychs und verfassungsrechtlich improvisierte Übergangsphase. <https://www.brookings.edu/articles/taking-stock-in-ukraine/>

[S52] OSCE/ODIHR. Ukraine Presidential Election 25 May 2014 – genuine election largely in line with international commitments. <https://odihr.osce.org/odihr/elections/119081>

[S53] Reuters, 28.03.2024. Putin says Russia will not attack NATO; Poland, Baltic states and Czech Republic named. <https://www.investing.com/news/world-news/putin-tells-pilots-f16s-can-carry-nuclear-weapons-but-they-wont-change-things-in-ukraine-3355992>

[S54] ZDF heute / BND-Präsident Bruno Kahl, 2025. Warnung vor einem möglichen russischen Test von NATO-Artikel 5. <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/russland-nato-bnd-kahl-ukraine-krieg-100.html>

[S55] Bundeswehr. Generalinspekteur Breuer zur militärischen Verteidigung, 2026: mögliche russische Fähigkeit zu einem großangelegten NATO-Angriff ab 2029; ausdrücklich keine Aussage, dass er stattfinden werde. <https://www.bundeswehr.de/de/meldungen/nachgefragt-strategische-ausrichtung-6093202>

[S56] Bundesregierung. Statement Bundeskanzler Merz beim NATO-Gipfel, 25.06.2025: Russland nicht stark genug für Angriff auf die NATO als Ganzes; möglicher Test der Verteidigungsbereitschaft. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/merz-statement-nato-gipfel-2357998>

[S57] Bundesministerium der Finanzen. Bundeshaushalt 2027 und Finanzplan bis 2030, 06.07.2026 – Verteidigungsaufwuchs, Nettokreditaufnahme und 1-%-Einsparziel. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/07/2026-07-06-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2027.html>

[S58] Deutscher Bundestag. 201 Milliarden Euro für den Sozialetat 2027, 19.08.2026. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1205416>

[S59] Bundesregierung. Kabinett beschließt Bundeshaushalt 2027 – Einsparungen, Stellenabbau und Reduzierung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung, 2026. <https://www.bundesregierung.de/breg-en/federal-government/2027-federal-budget-approved-2446070>

[S60] Bundesregierung/Bundeskanzler. Regierungserklärung Mai/Juni 2025 – Ziel „stärkste konventionelle Armee Europas“. <https://www.bundeskanzler.de/bk-en/news/first-government-statement-chancellor-merz-2347710>

[S61] OSCE. Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements, 12.02.2015. <https://www.osce.org/cio/140156>

[S62] Åtland, Kristian. War, diplomacy, and more war: why did the Minsk agreements fail?, International Politics, 2024. <https://link.springer.com/article/10.1057/s41311-024-00637-x>

[S63] Associated Press, 08.09.2026. Putin assures U.S. president that Moscow has no aggressive plans toward Europe; statement treated here only as evidence of declared intent, not as guarantee. <https://apnews.com/article/fd634a6786462bc95b7dfec97d2331e>

[S64] Bundesregierung. Regierungspressekonferenz 23.07.2025 – Ziel stärkste konventionelle Armee Europas; Regierungssprecher: Referenzpunkt nicht russische Armee, sondern europäische Partner; kein konkreter Referenzpunkt. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/regierungspressekonferenz-vom-23-juli-2025-2367288>

85. Quellen- und Rechenhinweise

Die Quellenliste priorisiert amtliche deutsche, europäische und internationale Stellen sowie etablierte Forschungsinstitute. Zahlen mit unterschiedlichen Abgrenzungen werden nicht ohne Weiteres zusammengeführt. Insbesondere sind „bereitgestellt“, „ausgezahlt“, „gebunden“, „Sachleistung“, „Garantie“, „Transfer“, „Investition“ und „Wohlfahrtsverlust“ verschiedene Kategorien. Makroökonomische Gegenfaktualschätzungen werden als Modelle gekennzeichnet und nicht mit Haushaltsausgaben addiert.

Territorialdaten schwanken je nach Kartierungsquelle und Stichtag. Die angegebenen Größenordnungen von rund 19–20 Prozent russisch kontrolliertem ukrainischem Gebiet und rund zwölf Prozent Nettozuwachs seit dem 24. Februar 2022 dienen der Größenordnung, nicht der exakten Quadratmeterbuchhaltung. Die militärische Lage kann sich kurzfristig verändern.

Die Sicherheits-Break-even-Rechnung verwendet in der abschließenden Fassung zusätzlich transparente Arbeitswahrscheinlichkeiten: 0,5–2 % in zehn Jahren für einen bewusst begonnenen konventionellen Angriff Russlands auf Deutschland (Zentralwert 1 %) und 2–5 % für einen begrenzten Test der NATO-Ostflanke (Zentralwert 3 %). Diese Werte sind keine amtlichen oder nachrichtendienstlichen Prognosen. Sie sind analytische Priors, abgeleitet aus historischer Basisrate, NATO-Abschreckung, russischen Absichtserklärungen, dem russischen Verhalten gegenüber Nicht-NATO-Staaten und den öffentlichen deutschen Warnungen zu zukünftiger Fähigkeit beziehungsweise möglichem Artikel-5-Test. Gerade weil die Werte unsicher sind, werden Break-even-Schwellen ausgewiesen: Leser können jede andere Risikoeinschätzung unmittelbar einsetzen.